

(A)

(C)

132. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 12. Dezember 2007

Beginn: 13.00 Uhr

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Guten Tag, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sitzung ist eröffnet.

Ich begrüße Sie zur letzten Sitzungswoche in diesem Jahr und rufe die Tagesordnungspunkte 1 a und 1 b auf:

- 1 a) Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin

Unterzeichnung des Vertrages von Lissabon am 13. Dezember und zum Europäischen Rat am 14. Dezember 2007

- (B) b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Markus Löning, Michael Link (Heilbronn), Florian Toncar, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP sowie der Abgeordneten Rainder Steenblock, Jürgen Trittin, Omid Nouripour, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gegen die Einsetzung eines „Rates der Weisen“ zur Zukunft der EU

– Drucksache 16/7178 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Zu der Abgabe einer Regierungserklärung liegen ein Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD sowie ein Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache im Anschluss an die Regierungserklärung anderthalb Stunden vorgesehen. Gibt es dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Das Wort zur Abgabe einer Regierungserklärung hat die Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In diesem Jahr hat Deutschland durch die Wahrnehmung der EU-

Präsidentschaft in besonderer Weise Verantwortung für Europa getragen. Die Ausgangssituation vor zwölf Monaten war denkbar schwierig: Europa war weitgehend orientierungslos, Skepsis und Ratlosigkeit hatten sich breitgemacht, und die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zu Europa war nur mit sehr viel gutem Willen erkennbar. In dieser Situation hat sich die Bundesregierung für die deutsche Ratspräsidentschaft ein klares Ziel gesetzt: Wir wollten eine Neuausrichtung und eine Neubegründung der Europäischen Union anstoßen. Heute können wir, glaube ich, feststellen: Genau das ist gelungen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

(D)

Wir waren gemeinsam nicht nur gut darin, uns Ziele zu setzen. Wir haben es gemeinsam auch geschafft, diese Ziele zu erreichen. Wenn ich „gemeinsam“ sage, dann schließe ich dieses Haus, Sie alle, ausdrücklich mit ein. Ich möchte diese Debatte als Gelegenheit nutzen, um Ihnen für Ihre große Unterstützung in diesem Jahr ein herzliches Dankeschön zu sagen.

Wir haben viel erreicht: Die Europäische Union hat sich globaler Zukunftsthemen angenommen. Beispielhaft dafür ist die **Energie- und Klimapolitik**. Europa war, ist und bleibt Vorreiter beim Klimaschutz. Europa hat erkannt, dass es sich beim Schutz des Klimas und beim Zugang zu Energie um zwei zentrale Herausforderungen für die Menschheit handelt. Diese Erkenntnis bestimmt unsere Verhandlungsposition bei den gegenwärtig laufenden Klimaschutzberatungen auf Bali, an denen auch der Bundesumweltminister teilnimmt. Wir dürfen uns aber keinen Illusionen hingeben; denn die eigentliche Arbeit für den Klimaschutz beginnt erst nach der Konferenz auf Bali. Der Weg zu einem Abkommen im Anschluss an das Kioto-Abkommen unter dem Dach der Vereinten Nationen wird sehr steinig sein. Mehr denn je wird es dabei auf eine entschlossene Haltung Europas und all seiner Mitgliedstaaten ankommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

In dem Jahr der deutschen EU-Ratspräsidentschaft haben wir allen Bürgerinnen und Bürgern Europas aber noch mehr gezeigt, zum Beispiel dass Entscheidungen,

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) die auf europäischer Ebene getroffen werden, Auswirkungen auf das Alltagsleben haben, dass das Alltagsleben ganz konkret verbessert wird. Ich denke beispielsweise an die Senkung der Roaming-Gebühren.

Wir haben aber auch das Bewusstsein für die Zusammengehörigkeit in Europa gestärkt. Ich denke dabei vor allem an die Feiern zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge. Dort haben wir gemeinsam gespürt, was es heißt, zu sagen: Wir Bürger Europas sind zu unserem Glück vereint. – Das ist kein einfach so dahingesagter Satz. Nein, auch nach 50 Jahren Frieden und Freiheit dürfen wir dieses Glück Europas zu keiner Stunde für selbstverständlich nehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Stets aufs Neue müssen wir es schützen und dafür eintreten. Deshalb ist gar nicht hoch genug einzuschätzen, dass die Zustimmung der Bevölkerung in Deutschland zur Europäischen Union in diesem Jahr auf einem Zehnjahreshoch ist. Das müssen wir halten, stärken und festigen.

Kurzum: In Europa ist wieder mehr Schwung und Leben gekommen. Das ist das Ergebnis unserer gemeinsamen Arbeit hier in Berlin und überall in Deutschland. Es ist aber wahrlich nicht nur das Ergebnis der Arbeit von uns Politikern. Nein, ohne die vielen Menschen, die sich ehrenamtlich für Europa starkgemacht haben, ginge vieles nicht. Deshalb möchte ich bei dieser Gelegenheit auch ihnen den ausdrücklichen Dank der Bundesregierung und – ich bin mir ganz sicher – auch Ihren Dank sagen.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Die größte Herausforderung für unsere Präsidentschaft war die Reform der Verträge der Europäischen Union. Ich habe vor einem Jahr an dieser Stelle gesagt: Es wäre ein historisches Versäumnis, wenn es uns nicht gelänge, den Reformprozess bis zur Europawahl 2009 zu einem guten Ende zu führen. – Die Folgen wären kaum auszudenken gewesen. Umgekehrt können wir heute sagen: Dass uns am Ende der Durchbruch zu einem **Reformvertrag** gelungen ist, ist für die Zukunft Europas von historischer Bedeutung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Arbeit zur Erreichung dieses Ziels hat sich gelohnt. Wir haben es geschafft, für die Reform ein umfassendes und präzises Mandat zu vereinbaren; kaum jemand hat dies vor einem Jahr für möglich gehalten. Der Erfolg, zu dem wir morgen unsere Unterschriften leisten können, liegt auch in unserer engen Zusammenarbeit mit der portugiesischen Ratspräsidentschaft begründet, die dieses Mandat innerhalb weniger Monate in einen neuen Vertragstext überführt hat. Morgen werden der Bundesaußenminister und ich in Lissabon den neuen Vertrag unterschreiben.

(C) Ich neige jetzt wahrlich nicht zu übertriebener Euphorie. Aber ich glaube, wir können gemeinsam festhalten: Dieser Tag markiert einen historischen Erfolg für Europa, und er wird im Rückblick vielleicht einmal als eine entscheidende Wegmarke bei der Herstellung von mehr Handlungsfähigkeit in Europa angesehen werden.

Nach seiner Ratifizierung wird der Vertrag von Lissabon die Reihe der Vertragsreformen von Maastricht über Amsterdam und Nizza abschließen. Anders als seine Vorgänger lässt dieser Vertrag keine Fragen offen. Er holt die bei der großen Erweiterung des Jahres 2004 nicht erfolgten Reformen der Organe der Europäischen Union nach. Er nimmt die in den letzten zwei Jahren laut gewordenen Bedenken und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger auf. Er bündelt die unterschiedlichen Konzepte und Vorstellungen von der Europäischen Union, die es in den Mitgliedstaaten gibt. Damit schafft er die Grundlage für die neue Europäische Union im 21. Jahrhundert.

Selbstverständlich: Mit der Unterzeichnung des Vertrages ist die Arbeit noch nicht endgültig abgeschlossen, auch in Deutschland nicht. Es folgt das Ratifizierungsverfahren im Bundesrat und in diesem Hause. Die Bundesregierung wird die dazu notwendigen Gesetzentwürfe in der nächsten Woche verabschieden. Ich wünsche mir, dass die parlamentarischen Verfahren in Deutschland bis Mitte Mai 2008 erfolgreich abgeschlossen werden können.

(D) Ich bin zuversichtlich, dass die Ratifizierung des Vertrages auch in den anderen Mitgliedstaaten erfolgen wird. So könnten wir unter Beweis stellen: Wir kommen voran, wenn wir einig sind. Europa gelingt eben nur gemeinsam.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das dürfen wir niemals vergessen oder aus den Augen verlieren, so mühsam manche Diskussion auch sein mag. Gewinner sind beide, Europa genauso wie die Nationalstaaten. Lassen Sie mich das an fünf Beispielen verdeutlichen:

Erstens. Die Europäische Union wird demokratischer. Zum einen wird das Europäische Parlament gestärkt, zum anderen erhalten die nationalen Parlamente **mehr Mitspracherecht** in europäischen Gesetzgebungsverfahren. Bundestag und Bundesrat werden in Zukunft frühzeitig und umfassend über anstehende Gesetzesinitiativen informiert. Lehnt eine Mehrheit der nationalen Parlamente einen EU-Vorschlag ab, dann müssen sich die Organe der Europäischen Union mit diesem Votum zwingend beschäftigen. Dies kann auch dazu führen, dass der Vorschlag fallen gelassen wird. Zum ersten Mal können also die nationalen Gesetzgeber zu einem sehr frühen Zeitpunkt unmittelbaren Einfluss auf die europäische Gesetzgebung nehmen. Das bedeutet natürlich auch, dass wir uns noch intensiver als früher mit europäischen Vorhaben beschäftigen werden. Auf diese Weise finden – davon bin ich überzeugt – europapolitische Themen eher Eingang in die öffentliche Diskussion, und so spielt sich Europapolitik nicht nur in Brüssel ab, sondern sie wird

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) auch hier bei uns in Berlin greifbarer. Das heißt nichts anderes, als dass Europa näher an die Bürgerinnen und Bürger heranrückt. Ich denke, es ist eine gute Bewegung, die mit diesem Vertrag möglich wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Die nationalen Parlamente werden sicher auch intensiv von der Möglichkeit Gebrauch machen, zu überprüfen, ob die Europäische Union im jeweiligen Fall überhaupt tätig werden soll. Das heißt, es wird auch die Aufgabe dieses Hauses sein, darauf zu achten, dass es nicht zu einer schleichenden Ausweitung der EU-Tätigkeiten kommt, wo sie nicht erforderlich oder rechtlich gar nicht abgesichert ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Dies führt mich unmittelbar zu meinem zweiten Punkt. Der neue Vertrag unterscheidet deutlich die **Zuständigkeiten** der Europäischen Union von denen der Mitgliedstaaten. Diese Unterscheidung war immer ein deutsches Anliegen. Wir haben das seit langem vertreten. Ich halte das für ein wirklich wichtiges Ergebnis dieses neuen Vertrages. Der Vertrag macht außerdem klar: Zuständigkeiten der Europäischen Union können wieder an die Mitgliedstaaten zurückgegeben werden, wenn dies vernünftig erscheint. Das heißt also, Kompetenzzuteilung ist nicht mehr eine Einbahnstraße – von den Nationalstaaten nach Europa –, sondern auch der umgekehrte Weg ist möglich. Das ist etwas, was ich für sehr vernünftig halte. Wenn nämlich gestern etwas von der Union besser als von den Nationalstaaten geregelt werden konnte, dann heißt das noch lange nicht, dass das über 10, 20, 30 oder 40 Jahre weiter so bleiben muss. Auch kann es nicht sein, dass Kompetenzzuwächse immer nur in eine Richtung gehen. Ich glaube, das entspricht ganz besonders unserem, dem deutschen, Subsidiaritätsverständnis, und das macht vor allem das Handeln der Europäischen Union nachvollziehbarer. Das ist natürlich unverzichtbar, um die Verantwortlichkeiten wieder besser zum Ausdruck zu bringen. Die Bürger Europas haben – das ist zumindest meine Überzeugung – einen Anspruch darauf, zu wissen, wer wofür warum verantwortlich ist.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Drittens. Ab 2014 gilt im Rat – darum haben wir lange gestritten – die sogenannte **doppelte Mehrheit**. Das heißt, bei Entscheidungen fällt neben der Zahl der Staaten auch die Zahl der Bürger eines Landes gleichberechtigt ins Gewicht. Dadurch wird die jeweilige Bevölkerungsgröße der Mitgliedstaaten angemessen berücksichtigt, und so wird das Einstimmigkeitsprinzip endlich auf das Notwendige eingeschränkt. Mehrheitsentscheidungen werden auf einer fairen Grundlage ausgeweitet. Kurzum: Die doppelte Mehrheit wird der Legitimierung der Entscheidungen sehr helfen. Allerdings sage ich auch voraus: Wenn Mehrheitsentscheidungen gefällt werden, wird sich Deutschland nicht immer zu 100 Prozent durchsetzen können. Auch das wird eine Erfahrung

sein, die wir machen werden. Gut an der Mehrheitsentscheidung ist, dass wir nicht jeden mitnehmen müssen, wenn uns etwas wichtig ist; schlecht ist, dass wir manchmal das Gefühl haben werden, dass wir etwas nicht erreichen konnten. (C)

Viertens. Der neue Vertrag erleichtert die **verstärkte Zusammenarbeit** einer Gruppe von Mitgliedstaaten in bestimmten Politikbereichen. Damit ist eine Weiterentwicklung der Europäischen Union innerhalb des EU-Vertragsrahmens möglich. Dies gibt uns die notwendige Beweglichkeit in einer sehr groß gewordenen Union, einer Union von Mitgliedstaaten mit unterschiedlichen Stärken, Wünschen und Interessen. Eines ist mir allerdings sehr wichtig: Gruppenspezifische Kooperationen müssen immer im allgemeinen Einvernehmen erfolgen. Der Zugang zu einer engeren Zusammenarbeit einer Ländergruppe muss prinzipiell für alle offenbleiben; es darf kein Europa der geschlossenen Gesellschaften geben. Wenn wir dies beachten, wird dieses Arbeitsprinzip uns nach vorn bringen. Die ersten Diskussionen dazu werden wir in Bezug auf die Kooperation im Mittelmeerraum haben. Aber wenn wir dieses Prinzip nutzen, kann das viele Vorteile für die Arbeit innerhalb der Europäischen Union bringen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Fünftens. Der Vertrag wird der Europäischen Union der 27 Mitgliedstaaten über **institutionelle Neuerungen** mehr Gesicht und eine klare Stimme verleihen. Denn zum einen wird es einen gewählten Präsidenten geben, der den Treffen der Staats- und Regierungschefs zweieinhalb Jahre lang vorsitzen wird. Das verleiht der Ratsarbeit automatisch mehr Kontinuität. Man denkt nicht mehr nur in Halbjahreszeiträumen, sondern durch die Amtszeit des Ratspräsidenten wird in längeren Zeiträumen gedacht werden. Zum anderen wird dem Rat der Außenminister ein Hoher Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik vorsitzen; er wird zugleich Vizepräsident der Kommission sein. Damit gibt es in der Außen- und Sicherheitspolitik eine Verzahnung. Die Doppeltätigkeit fällt weg, was sehr vernünftig ist. Aber es gibt auch neue Konstellationen im Hinblick auf das Parlament. Ich verweise nur darauf, dass die Kommission vom Parlament bestätigt wird. Der Hohe Vertreter wird vom Rat bestimmt, ist Vizepräsident der Kommission, und damit muss indirekt auch das Parlament bezüglich des Hohen Vertreters konsultiert werden. Das heißt, die Statik innerhalb der europäischen Institutionen wird sich verändern. Das gilt auch für den Ratspräsidenten, der die Interessen der Mitgliedstaaten in besonderer Weise vertreten muss. Wir werden – das sage ich als Vertreterin eines Mitgliedstaats im Rat – darauf achten, dass er unsere Interessen vertritt und nicht zu viel gemeinsame Sache mit der Kommission macht. Auch das wird ein Erfahrungsweg sein, den wir uns anschauen werden. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sollte der Vertrag – was wir ja wollen – zum 1. Januar 2009 in Kraft treten, dann müssen beide Ämter im nächsten Jahr mit geeigneten Persönlichkeiten besetzt

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) werden. Beide Ämter werden Europa gerade im internationalen Rahmen mehr Gewicht geben.

Meine Damen und Herren, es gibt viele weitere Gründe, warum der Vertrag von Lissabon ein **historischer Schritt** ist. Wir brauchen sie hier nicht alle im Einzelnen aufzuzählen. Denn mindestens ebenso wichtig ist es, sich bewusst zu machen, dass wir jetzt die Möglichkeiten ausschöpfen müssen, die in dem neuen Vertrag stecken. Noch wichtiger ist, dass Europa nun die Hände frei hat, um sich der zentralen Frage der Ausgestaltung seiner neuen Rolle in einer globalen Welt zuzuwenden. Denn wir leben als Kontinent ja nicht im luftleeren Raum. Die anderen Länder der Erde warten nicht auf uns, was ihre wirtschaftliche Entwicklung angeht. Wir müssen unsere Interessen bündeln und sie dann auch durchsetzen.

Deshalb ist es sehr wichtig, dass der Europäische Rat übermorgen eine gemeinsame Erklärung aller Mitgliedstaaten zur Globalisierung verabschieden wird. Darin werden die wichtigsten Herausforderungen für Europa noch einmal genannt. Dazu gehört die Wettbewerbsfähigkeit und die Frage, wie wir sie erhalten können. Wir müssen es besser als bisher schaffen, gegen unfairen Wettbewerb von außen vorgehen zu können. Ich glaube, das ist nicht irgendeine Aufgabe. Diese Aufgabe hat auch damit zu tun, dass wir das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger Europas in das europäische Sozialstaatsmodell wirklich stärken können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

- (B) Denn wenn wir die Menschen nicht vor unfairem Wettbewerb schützen können, wenn wir unsere Interessen nicht durchsetzen können, dann wird auch die soziale Marktwirtschaft oder das Sozialstaatsmodell unter Druck geraten. Die Bürgerinnen und Bürger werden uns nach dem Ergebnis fragen und nicht nach den guten Absichten.

Zur Rolle Europas in der Globalisierung gehört auch die **Außen- und Sicherheitspolitik**. Um unsere Sicherheitsinteressen gemeinsam effektiv vertreten zu können, brauchen wir zweierlei: den politischen Willen und die notwendigen Fähigkeiten und Mittel. Ein aktuelles Beispiel ist – darüber ist mit dem Außenminister in den Ausschüssen gerade diskutiert worden – die Frage des Status des **Kosovo**. Mit dieser Frage wird sich der Europäische Rat, nachdem die Außenminister das am Montag getan haben, übermorgen noch einmal beschäftigen. Leider, müssen wir sagen, sind die Verhandlungen zwischen Belgrad und den Kosovo-Albanern ohne Erfolg zu Ende gegangen. Aber es ist außerordentlich wichtig, diesen Verhandlungsprozess dazwischengeschaltet zu haben, wirklich alles versucht zu haben und vielleicht ein paar Kontakte etabliert zu haben. Ich möchte an dieser Stelle dem Verhandlungsführer für die Europäische Union, dem Deutschen Wolfgang Ischinger, danken. Er hat viel Fantasie und viel Kraft in diese Sache gelegt.

(Beifall im ganzen Hause)

Jetzt kommt es darauf an, dass die Europäische Union geschlossen für eine friedliche und stabile Entwicklung der Region eintritt. Die Europäische Union muss und

wird sich ihrer Verantwortung stellen. Es besteht für mich überhaupt kein Zweifel: Wollen wir Europäer unsere Interessen in der Welt vertreten, dann müssen wir unsere Fähigkeiten im Rahmen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik verstärken und auch besser koordinieren, wie wir an vielen Beispielen sehen. (C)

(Beifall des Abg. Markus Meckel [SPD] – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Ja, ja: immer weiter rüsten!)

Meine Damen und Herren, das, was wir in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik machen, darf aber nicht in Konkurrenz zur NATO geschehen. Wir müssen es schaffen, die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik als Ergänzung, als Stärkung der atlantischen Sicherheitspartnerschaft zu verstehen, und dies beim Aufbau der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik berücksichtigen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ein großer Vorteil der Europäischen Union ist dabei, dass sie gleichermaßen über militärische wie über zivile Mittel verfügt. Wir müssen beides in die richtige Balance bringen. Dafür müssen wir unter anderem unsere Instrumente der zivilen Krisenprävention stärken.

Wahrlich nicht nur, aber auch unter diesem Gesichtspunkt verdienen die Beziehungen Europas zu Afrika unserer aller Aufmerksamkeit. Es kann gar nicht oft genug gesagt werden: Afrika ist ein Kontinent der Zukunft. Sie haben verfolgen können, wie Europäer und Afrikaner auf dem **EU-Afrika-Gipfel** am vergangenen Wochenende durchaus offene Worte gesprochen haben. Aber ich darf Ihnen sagen: Es war eine außerordentlich konstruktive Atmosphäre. Es gab keine Tabus, weder in Bezug auf die Einhaltung der Menschenrechte noch in Bezug auf das künftige Gesicht des neuen Afrika noch in Bezug auf den Abschluss notwendiger Handelsabkommen. Bei den Verhandlungen über die Handelsabkommen spielt sich das ab, was wir von allen Verhandlungen kennen: dass wenige Tage vor dem Ende bestimmter Fristen jede Seite noch einmal für ihre Interessen kämpft. Deshalb würde ich keinen Pessimismus aufkommen lassen. Jeder weiß, wir brauchen diese Handelsabkommen; das weiß die afrikanische Seite, und das weiß auch die europäische Seite. Insofern bin ich da sehr optimistisch. (D)

Ein wichtiges Ergebnis des Lissabonner Gipfels vom Wochenende ist, dass wir eine wirklich neue, strategische Partnerschaft eingehen. Was wir verabschiedet haben, ist ein Meilenstein für die Beziehungen unserer beiden Kontinente. Wir werden uns in drei Jahren wieder treffen. Jetzt müssen wir das, was wir abgemacht haben, konkret umsetzen. Am Beispiel der Entwicklungszusammenarbeit sehen wir: Europa kann in vielen Bereichen – auch durch Aufgabenteilung und Spezialisierung – sehr viel an Wirksamkeit gewinnen. Das ist zum Wohle beider Kontinente. Ich habe das Gefühl, das muss uns gelingen. Ansonsten schaffen wir es nämlich nicht, die Millenniumsziele zu erreichen. Denn das, was erreicht werden muss, muss auch abrechenbar sein. Da kann nicht jeder der 27 Mitgliedstaaten der EU im Hinblick

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) auf das Erreichen der Millenniumsziele irgendetwas in jedem der 54 afrikanischen Staaten machen, ohne dass wir einen Überblick haben, was bei wem wie passiert.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Der EU-Afrika-Gipfel hat noch einmal gezeigt, was Leitprinzip bzw. Grundsatz der Bundesregierung ist: Die deutsche Außenpolitik ist wertebunden. Wirtschaftliche Interessen vertreten und für Demokratie und Menschenrechte eintreten, das sind für uns zwei Seiten ein und derselben Medaille unserer Außen- und Europapolitik.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir sind uns doch darüber im Klaren: Freiheit und Toleranz sowie Demokratie und Menschenrechte sind die Fundamente eines menschenwürdigen Zusammenlebens. Man kann diese Werte nicht relativieren. Es gibt sie nur ganz oder gar nicht. Durch sie wird der nötige Raum für die Entfaltung des Einzelnen und damit auch dafür geschaffen, soziales Gleichgewicht und wirtschaftlichen Erfolg zu ermöglichen.

- (B) Es versteht sich daher von selbst, dass uns die **Grundrechtecharta** der Europäischen Union bei den Arbeiten am Reformvertrag besonders am Herzen lag. Ich freue mich, dass sie heute im Europäischen Parlament in Straßburg noch einmal feierlich proklamiert wird. In ihr sind die gemeinsamen Werte und grundlegenden Rechte niedergelegt, die der europäischen Geschichte – auch unter großen Opfern, wie wir alle wissen – abgerungen wurden. Diese Grundrechtecharta wird zusammen mit dem neuen Vertrag rechtskräftig. Durch sie werden die Organe der Europäischen Union wie auch die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung des Rechts der Union gebunden. Nur ein Europa, das sich zu seinen Werten bekennt, wird seinen Weg erfolgreich weitergehen können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Für ein Europa in diesem Geist wird Deutschland auch in Zukunft seine besondere Verantwortung wahrnehmen.

Meine Damen und Herren, gemeinsam mit unseren Partnern haben wir in diesem Jahr viel erreicht, und zwar nicht mehr und nicht weniger als die **Neuausrichtung und Neubegründung** der Europäischen Union – ganz so, wie wir es uns zu Beginn dieses Jahres vorgenommen hatten. Das ist ein Weg, auf dem es sich weiterzugehen lohnt, ein Weg, auf dem wir Politiker die Bürgerinnen und Bürger für jeden Schritt und jeden Fortschritt gewinnen wollen und auch gewinnen müssen – aus einem einzigen Grund: weil wir wissen, dass das erneuerte Europa unser aller Zukunft ist.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich eröffne die Aussprache.

- Als erstem Redner erteile ich dem Kollegen Dr. Werner Hoyer von der FDP-Fraktion das Wort. (C)

(Beifall bei der FDP)

Dr. Werner Hoyer (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich eine Vorbemerkung machen. Mit großer Bestürzung und großem Entsetzen haben wir zur Kenntnis genommen, was gestern in Algier passiert ist: ein Anschlag, dem offenbar weit mehr als 50 Menschen zum Opfer gefallen sind. Wir verurteilen dieses feige Verbrechen natürlich. Nichts rechtfertigt diese Barbarei. Den Opfern gehört unser Mitgefühl,

(Beifall im ganzen Hause)

sowohl den Algeriern, also Angehörigen dieses ohnehin seit Jahrzehnten vom Terror geschundenen Landes, dem ich mich besonders verbunden fühle, als auch den Angehörigen der Vereinten Nationen, die dort ihren Dienst für uns alle leisten. Dieses Verbrechen erinnert fatal an den Anschlag seinerzeit in Bagdad. Ich denke, wir müssen auch unsere Solidarität mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Organisation der Vereinten Nationen zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

- Wir alle sind hier gefordert. Damit ist die Brücke zur europäischen Außen- und Sicherheitspolitik auch schon klar: Durch den Vertrag, der jetzt zustande gekommen ist, werden unsere Instrumente verbessert. Das begrüßen wir sehr. (D)

Ein bewegtes europapolitisches Jahr geht zu Ende, in dem Deutschland eine wichtige Rolle gespielt hat. Wir haben das bereits gewürdigt. Eine Phase geht zu Ende, die von Selbstzweifeln, Identitätssuche und Denkpausen – manchmal auch Pausen vom Denken und nicht nur Pausen zum Denken – gekennzeichnet war.

Ein Tiefpunkt war das Scheitern des Verfassungsvertrags, der besser gewesen wäre als das, was wir jetzt haben. Es ist absurd, dass manche derjenigen, die den Verfassungsvertrag verhindert haben, jetzt weniger bekommen, als sie mit dem Verfassungsvertrag bekommen hätten.

Ein weiterer Tiefpunkt war das Schachern im Juni dieses Jahres, das den Bürgerinnen und Bürgern nicht gerade mehr Lust auf Europa gemacht hat. Gut, dass dieses Gewürge vorbei ist.

(Beifall bei der FDP)

Wir bekommen jetzt eine neue Rechtsgrundlage, auf der wir uns in den nächsten Jahren bewegen können und müssen. Auf dieser Grundlage müssen wir jetzt Ergebnisse produzieren. Bei den Ergebnissen müssen wir uns langsam etwas anderes einfallen lassen, Frau Bundeskanzlerin, als immer wieder auf die Roaming-Gebühren zu verweisen,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP sowie der Abg. Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dr. Werner Hoyer

- (A) nicht nur, weil beim Thema Europa neben der erforderlichen Technik auch ein bisschen mehr Feuer zu erkennen sein muss, sondern auch, weil wir jenseits wichtiger und auch politisch korrekter Themen wie des Klimaschutzes feststellen müssen, dass es um die Selbstbehauptung der Europäer in der **Globalisierung** geht. Dann muss man auch fragen, wie wir uns am besten aufstellen, um in der Globalisierung zu bestehen. Was ist mit der Vollendung des Binnenmarkts, die schon sehr lange auf sich warten lässt? Diese Themen kann man nicht ausblenden.

(Beifall bei der FDP)

Aber wenn man sie ansprechen würde, dann würde sich herausstellen, dass wir beispielsweise recht unterschiedliche Vorstellungen haben, wie man das angeht. Die Diskrepanzen, die nicht zuletzt in den letzten Tagen zwischen Frankreich und Deutschland zum Tragen gekommen sind, haben gezeigt, dass wir noch einen langen Weg vor uns haben, um wieder zu gemeinsamen Positionen zu finden.

Wer von außen auf dieses Europa blickt, der sieht dieses ungeheure Erfolgsprojekt von Frieden und Wohlstand auf diesem Kontinent, der so lange zerstritten war. Er sieht die beherzte Wiedervereinigung dieses so lange geteilten Kontinents, und er muss trotzdem Sorge haben um die Entwicklung des Gewichts, das Europa in der Hochgeschwindigkeitsglobalisierung in einer Welt mit mehr Polen als früher einbringt, in einer Welt, in der die wirtschaftliche und gesellschaftliche Dynamik bei vielen dieser neuen Pole erheblich stärker ausgeprägt ist als bei uns. Deshalb muss sich dieses Europa nicht zuletzt auch einem ökonomischen, bildungspolitischen und technologischen Fitnessprogramm unterwerfen.

- (B)

(Beifall bei der FDP)

Der Vertrag ist eine gute Grundlage. Aber ich denke, wenn wir die Bürgerinnen und Bürger, wie es immer so schön heißt, mitnehmen wollen, dann müssen wir ein bisschen mehr Begeisterung entfachen. Denn sonst werden wir im Kleinmut versinken. Wenn wir in der Globalisierung bestehen wollen, dann brauchen wir aber Mut zu mehr Europa – einem Europa, das unsere Interessen kraftvoll bündelt, das die Werte aufgeklärter, rechtsstaatlicher Demokratien glaubwürdig vorlebt und vertritt und damit die Attraktivität unseres Lebensmodells fördert und das auf die Vielfalt seiner Völker, Regionen, Religionen und Kulturen rekurriert und dies als Stärkung und Bereicherung empfindet und folglich auch dafür sorgt, dass Entscheidungen am besten dezentral getroffen werden, wo immer dies möglich ist.

Wir haben also noch nicht den großen Wurf geschafft. Aber vielleicht brauchen wir mehr Zeit und Geduld, um dahin zu kommen, und müssen doch wieder kleinere Schritte voreinander setzen.

Mir ist bei diesem Vertrag wichtig, dass die **doppelte Mehrheit** keine technische Frage ist. Es ist eine Frage, in der der Doppelcharakter der Europäischen Union zum Ausdruck kommt, nämlich zum einen als Union von Völkern, die sich unabhängig von ihrer Größe und wirtschaftlichen Kraft auf Augenhöhe begegnen und ebenbürtig sind, und zum anderen als demokratische Ge-

meinschaft von Bürgerinnen und Bürgern, die jeweils für sich genommen das gleiche Gewicht einbringen, wenn es darum geht, Entscheidungen demokratisch zu legitimieren. Deswegen ist das ein Fortschritt, ohne den wir nicht gut hätten weiterleben können.

(Beifall des Abg. Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD])

Denn der Vertrag von Nizza hatte hierfür eine sehr schlechte Grundlage geschaffen.

(Beifall bei der FDP)

Ich kann jetzt auf viele Kritikpunkte nicht eingehen – mein Kollege Markus Löning wird sicherlich noch das eine oder andere, insbesondere zum Wettbewerb, ansprechen –, sondern will mich auf die **Außenpolitik** beschränken. Die Außenpolitik ist ein sehr wichtiger Faktor. In sehr kurzer Zeit folgt der erste Lackmустest, der zeigen wird, ob wir in der Lage sein werden, die Kosovo-Krise zu bewältigen. Ich wünsche Ihnen, Herr Minister und Frau Bundeskanzlerin, hierfür eine glückliche Hand. Wir haben eben im Ausschuss lange darüber diskutiert. Hoffen wir, dass es gelingt, die europäischen Partner einigermaßen zusammenzuhalten, damit sich nicht das Trauma des Versagens der Europäer auf dem Balkan wiederholt, das uns seit den 90er-Jahren begleitet. Wenn es uns einigermaßen gelingt, nach einer möglichen Unabhängigkeitserklärung auch unsere eigene Politik festzulegen, dann brauchen wir von der Bundesregierung eine klare Auskunft, wie – das muss rechtlich überprüfbar sein – die weitere Präsenz der Bundeswehr im Rahmen von KFOR auf dem Balkan – genauer gesagt: im Kosovo – geregelt werden soll. Denn immerhin – es wird ja immer gesagt, die UN-Resolution 1244 gebe das her – steht in dieser Resolution in Verbindung mit dem KFOR-Mandat und dem Mandat, das der Deutsche Bundestag erteilt hat, die Verpflichtung, die territoriale Integrität Serbiens zu wahren.

(Beifall bei der LINKEN)

Das in Verbindung mit der Schlussakte von Helsinki bringt uns in eine ziemlich schwierige Situation. Das muss rechtlich sauber geklärt werden. Bitte verstehen Sie mich nicht falsch: Die FDP plädiert für alles andere als den Rückzug aus dem Kosovo. Wir halten diese Mission für erforderlich, aber sie muss rechtlich sauber fundiert sein.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ein letztes Wort zu den außenpolitischen Fragen: Was mich sehr beunruhigt, Frau Bundeskanzlerin, ist das Auseinanderdriften von Frankreich und Deutschland. Es gab wiederholt Situationen, bei denen am Ende auch durch Ihr beherztes Eintreten das Schlimmste verhindert worden ist. Die **deutsch-französische Zusammenarbeit** darf natürlich nicht Direktorium oder Ähnliches sein, sondern muss als notwendige Voraussetzung für jeden Fortschritt in Europa verstanden werden. Diese deutsch-französische Zusammenarbeit muss mehr sein als das Verhindern von Schlimmerem. Sie muss eine gestaltende Politik sein. Sowohl bei der Mittelmeerunion als auch bei dem soge-

(C)
(D)

Dr. Werner Hoyer

- (A) nannten Rat der Weisen ist Schlimmeres verhindert worden. Das allein kann jedoch nicht genug sein, wenn wir uns gemeinsam mit Frankreich wieder aktiv an der Gestaltung der europäischen Politik beteiligen wollen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin Dr. Angelica Schwall-Düren von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Angelica Schwall-Düren (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Nach der Krise der Europäischen Union haben wir in der Tat ein erfolgreiches Jahr in der EU hinter uns gebracht, und das sowohl in inhaltlicher Hinsicht als auch im Hinblick auf die Reform der rechtlichen Grundlagen der Europäischen Union. Das ist zunächst einmal der Erfolg der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Ich möchte Ihnen, Frau Bundeskanzlerin und Herr Außenminister, noch einmal für die Arbeit, die Sie in diesem Jahr geleistet haben, danken.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich möchte Ihnen aber auch dafür danken, dass Sie die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, dass die portugiesische EU-Ratspräsidentschaft diesen Erfolg fortsetzen konnte.

- (B) 95 Prozent des Inhaltes, der Substanz des Verfassungsvertrages konnten in den Reformvertrag übernommen werden. Für mich ist das Wesentliche, dass wir mit diesem Vertrag mehr Demokratie in der Europäischen Union haben, weil das Europäische Parlament gestärkt ist, weil die Bürgerrechte zum Beispiel durch ein europäisches Bürgerbegehren gestärkt sind,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

aber auch weil die nationalen Parlamente mehr Rechte bekommen haben, in europäischen Fragen mitzuwirken und damit die Legitimation der handelnden Regierungen im Europäischen Rat zu stärken.

Wir haben mehr **Bürgerrechte**. Das ist für mich ganz entscheidend. Ich freue mich sehr, dass vor ungefähr zwei Stunden in Straßburg die Grundrechtecharta proklamiert wurde. Es ist natürlich traurig, dass zwei Länder ausscheren werden, dass Großbritannien ein Opt-out erklärt hat und Polen dem aus innenpolitischen Gründen folgt. Ich will aber gleichzeitig sagen, dass ich sehr glücklich bin, dass sich Polen nun sehr klar bereitgefunden hat, den Reformvertrag zu unterschreiben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Mit dem neuen Grundlagenvertrag haben wir mehr Effizienz zu erwarten, zum Beispiel durch eine verkleinerte Kommission und durch verbesserte Entscheidungsfindungen über die qualifizierte, doppelte Mehrheit. Nun gilt es allerdings, die **Ratifizierung** über die Bühne zu

bringen. Ich sage die Unterstützung der SPD-Fraktion zu, damit wir im Deutschen Bundestag rasch zu einer Ratifizierung kommen. Wir möchten gerne mit Ihnen allen und der Regierung dafür werben, dass auch in den übrigen Mitgliedstaaten die Ratifizierung rasch über die Bühne gebracht wird.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir werden – genauso wie bei der Ratifizierung des Verfassungsvertrages – ein Begleitgesetz einbringen. Das haben wir schon einmal erfolgreich durchgesetzt.

Nun gibt es manche, die nach dem Prinzip „Nach der Reform ist vor der Reform“ vorgehen und bereits darüber diskutieren, was man als Nächstes tun soll. So hat der französische Staatspräsident die Einsetzung eines **Rates der Weisen** vorgeschlagen. Ich bin sehr froh, dass es unter anderem der deutschen Regierung gelungen ist, dieses Gremium auf eine Reflexionsgruppe zu minimieren; denn ich glaube, dass es zuerst darum gehen muss, die Reform umzusetzen, Erfahrungen zu sammeln und dann die notwendigen Debatten in den europäischen Gremien und den nationalen Parlamenten, aber auch mit der Öffentlichkeit zu führen. Es ist klar: Die Europäische Union ist ein lernendes System und wird sicherlich auch in Zukunft Veränderungen unterliegen. Die Bürger und Bürgerinnen sowie wir, ihre Vertreter in den Parlamenten, haben über die Zukunft der Europäischen Union, unsere gemeinsamen Werte und unsere gemeinsame europäische Identität zu diskutieren.

Ich appelliere an die Regierung – das ist wichtig –: Wir brauchen jetzt eine intensive und klare Kommunikation mit der Bürgerschaft. Denn der Reformvertrag hat einen Mangel: Er ist nicht gut lesbar, auch wenn uns manche glauben machen wollen, dass wir nun einen vereinfachten Vertrag bekommen. Wir müssen ihn nun lesbar und verständlich machen, damit die Bürger und Bürgerinnen tatsächlich den Wert erkennen können, der mit diesem neuen Grundlagenvertrag geschaffen wird.

Des Weiteren geht es darum, die neuen Strukturen zu nutzen. Ich will das an ein paar Beispielen deutlich machen. Ich bin sicher, dass uns der neue **europäische Außenminister**, auch wenn er nicht so heißen darf, helfen wird, unsere Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik fortzuentwickeln.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Selbstverständlich ist er keine Garantie. Es wird nicht unbedingt nötig sein, die gemeinsame außen- und sicherheitspolitische Strategie völlig zu verändern, wohl aber, sie an Gegebenheiten anzupassen, die notwendigen Debatten zu führen und auf einen gemeinsamen Punkt zu bringen, auch bedingt durch die neuen Strukturen.

Die Herausforderungen sind offensichtlich. Wir haben heute noch über den Kosovo zu sprechen. Darauf wird mein Kollege Gert Weisskirchen sicherlich ausführlich eingehen. Die Bundeskanzlerin hat über den EU-Afrika-Gipfel und die großen Herausforderungen berichtet, die wir in der Zusammenarbeit zwischen EU und Afrika zu bestehen haben. Eine weitere Herausfor-

Dr. Angelica Schwall-Düren

- (A) derung ist die EU-Russland-Strategie. Ich bin überzeugt, dass wir als Deutsche hier nach wie vor eine aktive Rolle spielen müssen, um die Prozesse voranzubringen.

Herr Hoyer, ich glaube, dass wir durchaus die Chancen der deutsch-französischen Zusammenarbeit nutzen können, nicht exklusiv, aber durch das gemeinsame Anstoßen von Prozessen und Einflussnahme. Deswegen bin ich froh, dass es der Kanzlerin gelungen ist, die Idee einer **Mittelmeerunion** in eine Form zu bringen, die es erlaubt, dass wir die Zusammenarbeit zwischen allen EU-Mitgliedstaaten und der Mittelmeerregion, vergleichbar mit der Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Staaten, so voranbringen, dass sich dort die demokratischen Strukturen weiterentwickeln sowie die wirtschaftliche und die soziale Entwicklung und vor allen Dingen ein friedliches Zusammenleben gefördert werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, man sollte heute, einen Tag nachdem der neue polnische Ministerpräsident in Berlin gewesen ist, auch ein Wort zu den **deutsch-polnischen Beziehungen** verlieren. Dank der neuen polnischen Regierung sind die Chancen, dass sich die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern positiv entwickeln, gut. Darüber bin ich sehr froh. Ministerpräsident Donald Tusk hat es folgendermaßen zum Ausdruck gebracht: Die anstehenden Fragen, auch Interessenunterschiede können in einer sachlichen und freundlichen Atmosphäre behandelt werden. Wir können viele Fragen im europäischen Kontext miteinander klären, ob das Energiefragen sind – Polen ist um seine Energiesicherheit besonders besorgt – oder ob es um eine gemeinsame Kompetenz im Hinblick auf die Nachbarn im Osten, die Zusammenarbeit der Europäischen Union mit ihnen und deren europäische Perspektive geht.

(B)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben eine Reihe von wichtigen Themen anzupacken. Wir können damit natürlich nicht warten, bis der neue Grundlagenvertrag umgesetzt ist. Diese Themen werden schon bei diesem Gipfel auf der Tagesordnung stehen. Frau Bundeskanzlerin hat hier das Thema **Klimaschutz** genannt. Ich möchte noch einmal betonen, welch großer Erfolg die Festlegung der Ziele CO₂-Reduktion, Effizienzsteigerung und Aufwachsen der erneuerbaren Energien gewesen ist.

Jetzt kommen allerdings die „Mühen der Ebene“. Jetzt geht es darum, das Erreichen dieser Ziele anzustreben und unter den europäischen Staaten ein Burden-Sharing, eine Verteilung der Lasten, zu verabreden. Dies ist auch eine Chance für Innovationen, die wir ergreifen sollten, um die europäische Wissensgesellschaft voranzubringen.

Lassen Sie mich zum Abschluss eines sagen – ich bin froh, dass auch die Bundeskanzlerin das angesprochen hat –: Europa muss in der Zukunft noch mehr Gewicht auf die soziale Dimension legen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen sehr genau, dass das Nein zum Reformvertrag auch damit zu tun hatte, dass die Menschen verängstigt waren. (C)

(Markus Löning [FDP]: So, so! Sie wissen das!)

Zum Beispiel in Großbritannien sagen Gewerkschaften ihrer Regierung interessanterweise: Ihr müsst die Ratifizierung ablehnen, weil die sozialen Grundrechte wegen des Opt-out nicht verankert sind. Das weist darauf hin, dass wir hier gemeinsam für ein Europa der Vollbeschäftigung und des sozialen Zusammenhalts kämpfen müssen. Dazu gehört, dass in den einzelnen Mitgliedstaaten etwas vorangebracht wird; Stichwort Mindestlöhne.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen aber auch für gemeinsame soziale Standards kämpfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor all diesen Aufgaben steht nun die neue slowenische Präsidentschaft. Das ist eine große Herausforderung für ein kleines Land. Außerdem möchte Slowenien dafür sorgen, dass dadurch, dass die Schengen-Grenzen nun verändert werden – das ist ein wunderbarer Vorgang –, keine neuen Mauern entstehen. Ich wünsche der zukünftigen Präsidentschaft von dieser Stelle alles Gute. Ich bin sicher, dass wir gemeinsam mithelfen, unser Europa zukunftsfähig, nachhaltig und sozial voranzubringen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(D)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Monika Knoche von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Monika Knoche (DIE LINKE):

Herr Präsident! Welch noble politische Aufgabe hätte es sein können, meine sehr geehrten Herren und Damen, die Zukunft der Europäischen Union mit der Bevölkerung in den Mitgliedstaaten zu beraten und zu beschließen!

(Beifall bei der LINKEN)

Volksabstimmungen durchzuführen, das hätte das Interesse gefördert, das hätte die europäische Integration und Identität gestärkt.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber nein, eine **breite demokratische Beteiligung**, eine Kenntnis der Inhalte des Reformwerks sind erkennbar nicht gewünscht. Noch nicht einmal eine lesbare Version des Textes liegt vor. Sollen die Menschen nicht Bescheid wissen? Ist man da schon ein bisschen von der Volksnähe abgekommen?

Wie dem auch sei, die sogenannte Reflexionsphase hätte genutzt werden müssen, mit der Bevölkerung die Zukunft der EU zu gestalten. Dann hätten Sie in der Re-

Monika Knoche

- (A) gierung für die Regierungskonferenz auch erfahren, wie stark der Wunsch ist, ein soziales, ein gerechtes, ein ökologisches und ein friedensstiftendes Europa zu bekommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Was jetzt zum Ratifizieren vorliegt, ist ein alter Brief in neuem Umschlag, wie Giscard d'Estaing es formuliert. Die gesamte Entstehung des Vertrages erfüllt den Anspruch auf Demokratie, Transparenz und Partizipation nicht. Wir halten sie schlicht für undemokratisch.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb wollen wir Linken heute Information über Vertragsinhalte geben. Man muss den Willen der deutschen Bevölkerung nicht fürchten. Sie ist proeuropäisch und nicht nationalistisch. Es gibt breite Unterstützung dafür, dass die wirtschaftsstarke EU ihre Kraft dafür einsetzt, die globalen und innereuropäischen Probleme friedlich, solidarisch und gerecht zu lösen.

Das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer ökologischen Energiewende ist nirgendwo so groß wie in Europa. Aber was wird festgeschrieben? Die institutionelle Förderung der Atomenergie! Das ist ein Irrweg.

(Beifall bei der LINKEN)

In Europa haben Menschen erfolgreich soziale Rechte erkämpft. Das gehört zur europäischen Kultur und Tradition. Aber was bekommen sie? Noch nicht einmal die Zusicherung der Sozialstaatlichkeit! Das versprochene Sozialprotokoll existiert nicht.

(B)

(Beifall bei der LINKEN)

Was sind die **europäischen Werte und Standards** wert, wenn man Großbritannien erlaubt, die Grundrechtecharta nicht verbindlich anzunehmen?

Wir sagen: Die Auswirkungen der neoliberalen EU-Wirtschafts- und Sozialpolitik stehen dem Freiheits- und Gleichheitsideal, das in der europäischen Geschichte verankert ist, entgegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn wir Linke die neoliberale Wirtschaftsordnung für die EU ablehnen, dann tun wir das auch deshalb, weil wir für Demokratie, für Teilhabe und für Gestaltungsmacht des Gesellschaftlichen eintreten. Es zeugt von einem kulturellen Selbstverständnis, wenn man verhindern will, dass Markt und Wettbewerb in immer weitere Bereiche des Daseins vordringen.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb sagen wir: Es ist Zeit für eine Reregulierung in Europa.

(Beifall bei der LINKEN)

Mit großer Sorge haben wir gelesen, was die EU künftig an **Sicherheits- und Verteidigungspolitik** definiert. 1999 ist eine operativ eigenständige Verteidigungspolitik eingeleitet worden. Jetzt soll der Spielraum des Militärischen sogar noch erweitert werden. Es ist für

uns völlig inakzeptabel, dass im Vertrag eine Aufrüstungsverpflichtung festgeschrieben wird. (C)

(Beifall bei der LINKEN – Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Ach Gott! Falsches wird durch Wiederholung nicht wahr!)

Es ist für uns völlig indiskutabel, dass mit der Verteidigungsagentur eine institutionalisierte Lobby der Rüstungsindustrie festgeschrieben wird.

(Beifall bei der LINKEN – Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Auch falsch! – Michael Roth [Heringen] [SPD]: Sie reden viel Stuss heute, Frau Kollegin!)

Wir fragen die Regierung: Was bedeutet es, wenn die sogenannte maßgebliche Rolle der EU im Sicherheits- und Verteidigungsbereich zur Vitalität des erneuerten Atlantischen Bündnisses beitragen soll? Was haben wir Europäer und Europäerinnen zu erwarten, wenn die Zusicherung militärischer Mittel für Einsätze außerhalb der EU zum integralen Bestandteil europäischer Außenpolitik erklärt wird?

Beachtlich ist: Militäreinsätze der Union sollen in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen erfolgen. Das klingt gut. Aber sind wir auch sicher, dass sie mit UN-Mandat erfolgen werden? Bedeutet das, dass eine europäische Armee ab 2014, wenn das Mehrheitsprinzip gilt, ohne UN-Mandat in Einsätze gehen kann? Eine Stand-by-Interventionstruppe hat sie ohnehin schon. Wird es überdies zu einem militärischen Kerneuropa kommen, in dem sich einzelne Mitgliedstaaten zu der sogenannten verstärkten militärischen Kooperation zusammenfinden, was der Vertrag zukünftig erlaubt? (D)

Meine sehr geehrten Herren und Damen, einen solchen Vertrag können wir nicht begrüßen.

(Beifall bei der LINKEN)

Er leitet eine europäische Fehlentwicklung ein. Deshalb sage ich für die deutsche Linke und für die europäische Linke: Wer eine zivile, friedliche, soziale und gerechte Europäische Union will, muss diesen Vertrag ablehnen.

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Volker Kauder.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Volker Kauder (CDU/CSU):

Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen! Sehr verehrte Kollegen! Der morgige Tag in Lissabon wird zu einem großen Tag für Europa. Wir hatten eine Phase der Stagnation in Europa. Nichts ging mehr voran. Auch die Menschen haben gespürt, dass ein bisschen die Kraft aus der Entwicklung genommen worden war. Deshalb haben wir heute allen Grund, der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft herzlich zu gratulieren, dass sie es in wenigen Monaten geschafft hat, dass wir morgen den Vertrag in Lissabon unterschreiben können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Volker Kauder

- (A) Dass dies möglich geworden ist, ist aber auch ein Ergebnis der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Dafür sagen wir unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel herzlichen Dank. Ohne ihre konsequente Vorarbeit wäre das, was morgen in Lissabon geschehen wird, nicht möglich geworden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Lissabon zeigt, dass es in Europa eine neue Dynamik gibt und dass die Verwirklichung der europäischen Vision gerade meiner Generation noch nicht vollendet ist. Nach dem Zweiten Weltkrieg begannen wir, unsere Vision zu verwirklichen, indem wir uns darum bemühten, dass die Schlagbäume fallen und ein **Europa ohne Grenzen** entsteht. Wir haben nämlich gewusst: Ein Europa ohne Grenzen wird ein Europa sein, das Frieden schafft. Ich kann nur immer wieder sagen: Wir haben allen Grund, darüber zu reden. Selbst wenn man im europäischen Einigungsprozess nichts anderes hinbekommen hätte als nur das, was wir bisher erreicht haben, nämlich Frieden in Europa, wäre auch dies schon ein großartiges Ergebnis.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Vor wenigen Wochen standen viele von uns auf den Friedhöfen in ihrer Heimat. Wer dort stand, weiß, was es bedeutet, dass wir nicht mehr wie früher alle 30 bis 40 Jahre das niedergedrückt haben, was Generationen zuvor aufgebaut haben. Am Totensonntag bzw. am Volkstrauertag ist deutlich geworden: Europa, das ist ein großartiges Ergebnis für **Frieden und Freiheit** in unserer Welt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Nun aber, so hat es die Bundeskanzlerin heute gesagt, wird Europa demokratischer. Das ist richtig. Es wird neue Regeln geben, die es auch dem Deutschen Bundestag ermöglichen, frühzeitiger auf Entwicklungen in der EU einzugehen. Wir haben uns darauf eingestellt: Der Deutsche Bundestag hat in Brüssel ein Büro eingerichtet. Die Fraktionen sind in Brüssel präsent. Dass wir frühzeitiger tätig werden können, hat für unsere Arbeit im Deutschen Bundestag ganz konkrete Konsequenzen: Wir werden mehr als bisher – das wird natürlich den Vorsitzenden des Europaausschusses freuen – auch hier im Plenum über europäische Themen reden müssen. Wir werden deutlich machen müssen, mit welchen Vorhaben wir als Parlament einverstanden sind und bei welchen wir als Parlament Veränderungen erwarten. Europa wird also für uns im Deutschen Bundestag konkreter erfahrbar.

Wir werden natürlich auch darauf achten müssen, dass sich Europa nicht Kompetenzen nimmt, die es gar nicht hat. Es wird entscheidend sein, Frau Bundeskanzlerin, dass Europa nicht nur auf dem Papier demokratischer wird, sondern dass es auch in der Praxis demokratischer wird.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- Die Bereiche, in denen Europa keine Kompetenzen hat, sollte es komplett den Nationalstaaten überlassen. Dazu will ich ein ganz konkretes Beispiel nennen: Europa hat keine Kompetenzen beim **Bodenschutz**. Trotzdem versucht Europa, sich des Themas zu bemächtigen. Ich sage Ihnen: Den Schutz unserer Heimat bekommen wir alleine hin. Darum braucht sich die EU nicht zu kümmern.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deswegen erwarten wir, dass Europa sich nicht da Kompetenzen anmaßt, wo es keine hat. Wir werden dafür ganz massiv eintreten. An diesen konkreten Beispielen wird deutlich werden, wie stark wir Europa wirklich demokratisiert haben.

Richtig ist auch, dass das Europäische Parlament neue Rechte bekommt. Daher wird die Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages mit dem Europäischen Parlament intensiver werden müssen. Wir werden aber dem Europäischen Parlament gegenüber deutlich machen müssen, an welchen Stellen wir eigene Positionen haben, und es bitten, sich dafür einzusetzen.

In diesem Jahr wird erneut deutlich, wie stark unsere Visionen „Europa ohne Grenzen“ und „Europa des Friedens“ wirken. Denn am 21. Dezember werden in Europa weitere Schlagbäume fallen. Die Schengen-Zone wird vergrößert. Man kann nun die Länder im Osten, im Westen, im Norden und im Süden Europas besuchen, ohne dass man einen Ausweis vorzeigen muss. Dies ist eine erfreuliche Entwicklung.

- Angesichts der Tatsache, dass der Schengen-Raum größer wird und dass die Außengrenzen der Union nun in anderen Staaten liegen, ist es umso wichtiger, dass wir nicht nur in Europa, sondern auch in unserem eigenen Land die Sicherheitsinteressen ernst nehmen. Die Terrorismusbekämpfung findet nicht nur an den Grenzen der Schengen-Staaten statt, sondern sie findet auch im eigenen Land statt. Deshalb müssen wir bei den Gesetzesvorhaben, die vor uns liegen, endlich zu Ergebnissen in der Großen Koalition kommen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir erwarten – das ist richtig –, dass in Europa der **Bürokratieabbau** vorankommt. Wir haben diesbezüglich manche Sorgen. Trotzdem glaube ich, dass wir auf einem richtigen Weg sind. Alle diejenigen, die immer wieder berechtigterweise Kritik an dem üben, was in Europa teilweise passiert – auch die Sozialdemokraten und wir tun das –, müssen natürlich zugeben, dass es in der Großen Koalition nicht immer so einfach ist, wie es sein könnte.

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: Können Sie das einmal erläutern?)

Der Weg in Richtung Bürokratieabbau ist aber richtig. Wir haben konkrete Maßnahmen vereinbart, die nun umgesetzt werden müssen. Auch das gehört dazu: Wenn Europa demokratischer werden soll, dann muss es unbürokratischer werden, als es heute ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Volker Kauder

- (A) Neben den kleinen Themen, die wir bearbeiten müssen, sollte Europa auch auf die großen Herausforderungen schauen. Wenn Europa wieder näher an den Menschen sein will – wie die Bundeskanzlerin zu Recht gefordert hat – dann können die Menschen von diesem Europa Antworten auf für sie wichtige Fragen erwarten. Für mich beinhaltet die Vision eines geeinten Europas nicht nur, dass die Nationalstaaten zusammenarbeiten, sondern auch, dass Europa eine starke Position in der Welt einnimmt. Die Voraussetzung dafür ist aber, dass Europa stark und in sich gefestigt ist.

Nach der Unterzeichnung des Vertrages – Frau Bundeskanzlerin, ich sage Ihnen zu, wir werden ihn so schnell wie möglich ratifizieren; ich halte den Sommer nächsten Jahres für durchaus wahrscheinlich – muss die **innere Einheit Europas** gefestigt werden. Wir haben Länder aufgenommen – das war richtig –, die noch große Anstrengungen unternehmen müssen. Ich denke dabei an Bulgarien und Rumänien. Ich finde es gut, dass Europa eine große Anziehungskraft hat und dass alle in die Europäische Union wollen. Aber ich sage auch klipp und klar: Nicht der subjektiv verständliche Wunsch, nach Europa zu kommen, kann der Maßstab sein. Der Maßstab muss vielmehr sein, ob die Voraussetzung gegeben ist, die Integrationsaufgabe zu meistern.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.
Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD])

- (B) Die Nachbarschaftspolitik in Europa muss stärker ausgebaut werden. Denn den berechtigten Wunsch nach engeren Beziehungen zu Europa haben viele Länder, die nicht alle Vollmitglied werden können. Daher kommt der Nachbarschaftspolitik eine große Bedeutung zu.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Kauder, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Volker Kauder (CDU/CSU):
Nein.

Ich möchte zudem deutlich sagen: Es gehört natürlich auch zur inneren Festigung Europas, dass die Staatschefs eng zusammenarbeiten. Daher muss zunächst einmal die Zusammenarbeit in Europa gestärkt und sollten nicht so sehr ständig neue bilaterale Möglichkeiten gesucht werden. Ich sage ebenfalls ganz klar: Die deutsch-französische Zusammenarbeit ist der Motor Europas. Aber auch der Präsident Frankreichs muss wissen, dass wir zusammenarbeiten müssen. Deswegen sage ich klar und deutlich: Von den Entwicklungen, die sich da abzeichnen, beispielsweise in Richtung auf eine Mittelmeerunion, halte ich relativ wenig. Das hat mit dem, was wir unter Europäischer Union verstehen, wenig zu tun.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir darüber reden, dass wir morgen den Vertrag unterschreiben und es für uns neue Herausforderungen gibt, so will ich einige Punkte nennen, über die wir in der nächsten Zeit reden müssen.

- (C) Erstens geht es um die Position Europas in der **Globalisierung**. Wir müssen zeigen, dass Europa unsere Interessen in der Globalisierung vertritt. Die Menschen spüren alle ganz genau, dass die Nationalstaaten allein nicht mehr in der Lage sind, ihre Position im Prozess der Globalisierung zu vertreten. Also muss es Europa tun.

Zweitens. Wir alle wissen ganz genau, dass die **Energiefrage** für uns von großer Bedeutung und für die Volkswirtschaft entscheidend ist. In diesem Zusammenhang müssen wir meiner Meinung nach ernsthaft darüber nachdenken, wie in Europa mehr Wettbewerb am Energiemarkt organisiert werden kann – das schaffen wir in den Nationalstaaten nicht mehr –; aber es muss auch eine intensivere Zusammenarbeit geben, um Energiesicherheit herzustellen. Es darf nicht sein, dass jeder versucht, seine Interessen am weltweiten Energiemarkt durchzusetzen. Hierbei wird sich zeigen, ob Europa stark genug ist, um gemeinsame Interessen bei der lebensnotwendigen Frage der Energieversorgung zu vertreten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Heute fand, wie die Bundeskanzlerin angesprochen hat, auch die Proklamation der Grundrechte im Straßburger Parlament statt. Grundrechte wirken nach innen, innerhalb Europas; aber sie wirken natürlich auch nach außen. Glaubwürdigkeit hängt davon ab, dass man die Grundwerte und Grundpositionen, die in Europa vertreten werden, auch zum Maßstab des Handelns nach außen macht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

(D)

Deswegen hat die Bundeskanzlerin völlig recht: **Menschenrechte** als das Ergebnis europäischer Entwicklung können natürlich nicht allein in Europa gelten. Menschenrechte sind für uns universal, und sie sind unteilbar. Deswegen geht es nicht, dass man mit Leuten einfach so spricht, ohne darauf hinzuweisen, welche Menschenrechtsverletzungen sie begangen haben.

Ich habe überhaupt nichts dagegen, dass man mit Gaddafi spricht; aber so zu tun, als ob er ein lupenreiner Demokrat wäre, entspricht nicht meiner Auffassung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD – Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Saudi-Arabien!)

Genau an diesem Beispiel will ich zeigen: Wir müssen zu mehr Gemeinsamkeit kommen; dies fordern wir. Wir sind überzeugte Europäer. Für überzeugte Europäer ist aber auch klar, dass sie zwar ihre Interessen vertreten, aber sie für gemeinsame Interessen Europas auch zurückstellen, und Menschenrechtsinteressen sind europäische Interessen. Sie müssen gemeinsam wahrgenommen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP – Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auch in Saudi-Arabien!)

Volker Kauder

- (A) Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, Europa hat eine neue Spannung bekommen, Europa ist wieder interessant geworden, weil sich etwas bewegt. Das ist das Entscheidende. Aber noch etwas gehört dazu, etwas, wobei Europa gerade noch die Kurve bekommen hat und woran die Bundesregierung und die Bundeskanzlerin ganz entscheidend mitgewirkt haben. Ich hätte mir nur eine etwas andere Kommunikation vorgestellt.

Europa braucht, um in den Herzen der Menschen noch tiefer verankert zu werden, auch **Emotionen**. Sie entstehen durch gemeinsame Projekte, an denen man sich freuen kann, dass etwas passiert. Ein solches gemeinsames Projekt, an dem Emotionen deutlich werden – auch für die junge Generation –, ist Galileo, das wir jetzt auf den Weg bringen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich wünsche mir noch mehr solche konkreten Projekte, auf die die Menschen in Europa stolz sein können. Wir haben heute ein Navigationssystem, das von den Vereinigten Staaten gemacht worden ist, und es funktioniert auch. Das ist doch okay. Aber ich kann Ihnen sagen: Ich freue mich auf den Tag, an dem wir Europäer sagen können: Wir haben mit großem technischen Sachverstand etwas geschaffen, das noch besser ist als das, was die Amerikaner geliefert haben. Ich möchte den Wettbewerb Europas mit anderen großen Nationen und Kontinenten der Welt im Bereich von Wissenschaft und Forschung, weil man sich an ihm begeistern kann.

- (B) Ich bin ein überzeugter Europäer. Europa hat eine neue Kraft gewonnen. Dafür sind wir außerordentlich dankbar. Wir begleiten Sie, Frau Bundeskanzlerin, mit allen Kräften auf diesem Weg und sagen Ihnen zu – das kann ich auch für die SPD sagen –:

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Aber nicht für den Bundespräsidenten!)

Der Vertrag von Lissabon wird im nächsten Jahr im Deutschen Bundestag ratifiziert.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Zu einer Kurzintervention erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. Ilja Seifert.

Dr. Ilja Seifert (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Kollege Kauder, ich wollte Ihnen eigentlich eine Zwischenfrage stellen, als Sie über die rasche Ratifizierung des Vertrages von Lissabon sprachen, der ja erst morgen unterschrieben werden soll. Ich wundere mich schon, dass Sie später in Ihrer Rede die Menschenrechte sehr hoch gehalten haben. Denn das Menschenrechtsabkommen der UNO über die Rechte behinderter Menschen ist noch nicht vom Bundestag ratifiziert worden. Ein entsprechender Gesetzentwurf ist noch nicht einmal eingebracht worden. Warum dauert dies angesichts dessen, dass Sie die

Menschenrechte so hoch halten, so lange? Vor diesem Hintergrund kann ich nicht verstehen, dass Sie den Reformvertrag der EU so sehr durchpeitschen und es gar nicht schnell genug gehen kann. Bitte erklären Sie mir und vor allen Dingen den betroffenen Menschen dies. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kauder? – Keine Erwiderung.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Darauf hat Herr Kauder keine Antwort!)

Dann hat das Wort der Kollege Jürgen Trittin von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Zeitalter der Globalisierung nimmt die Kraft der Nationalstaaten ab, ihre Probleme im Interesse ihrer Bevölkerung zu lösen. Gleichzeitig nehmen natürlich die sozialen, ökonomischen und ökologischen Folgekosten entsprechend zu. Die Antwort darauf sind Organisationen wie die Europäische Union. Keines der Probleme, die hier angesprochen worden sind, keines der globalen Probleme dieser Welt, aber auch keines der nationalen Probleme werden sich allein nationalstaatlich lösen lassen. Darauf ist die Europäische Union die Antwort.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ist es wichtig, dass der Reformvertrag der EU in Kraft gesetzt wird. Dies ist eine wichtige Antwort auf die Globalisierung. Diese Antwort auf die Globalisierung muss demokratisch sein. Sie muss eine an Grundrechten, an Menschenrechten orientierte Antwort sein. (D)

Zum ersten Mal wird mit diesem Vertrag die Grundrechtecharta rechtsverbindlich. Vergleichen Sie diese Grundrechtecharta einmal mit den Art. 1 bis 20 des Grundgesetzes. Sie werden feststellen: Diese Grundrechtecharta beinhaltet nicht nur klassische Freiheitsrechte, sondern stellt auch soziale, wirtschaftliche und kulturelle Rechte an die Seite dieser Freiheitsrechte. Deswegen ist dies eine sehr zeitgemäße Grundrechtecharta. Diese Grundrechtecharta widerlegt das Geschwätz von einer neoliberalen Ordnung in Europa.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Dieser Vertrag beinhaltet Zielsetzungen, auf die sich politisches Handeln orientieren soll: auf eine soziale Marktwirtschaft, auf Vollbeschäftigung, auf sozialen Fortschritt, auf Umweltschutz, auf eine Verbesserung der Umweltqualität. Ich sage ausdrücklich: Ich halte diesen **Zielkatalog**, der in diesem Reformvertrag festgeschrieben ist, wirklich für einen Erfolg. Ich halte ihn insbesondere für einen Fortschritt gegenüber dem jetzigen Zustand Europas. Deswegen werden wir Grüne diesem Vertrag zustimmen.

Jürgen Trittin

- (A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Er stärkt demokratische Rechte, er stärkt das Europäische Parlament, er stärkt den Bundestag. Wir hoffen, dass der Bundestag diese Rechte künftig mit dem notwendigen Selbstbewusstsein – und nicht gehindert durch Herrn Kauder – in Anspruch nimmt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Es kommt aber auch darauf an, wie wir alle diese neue Handlungsfähigkeit nutzen. Es ist richtig, sich um die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsraums Europa Sorgen zu machen. Aber diese Herausforderungen werden wir nur als europäische Herausforderungen bewältigen können. Das heißt, Wettbewerbsfähigkeit ist etwas anderes, als gelegentlich ein AKW an einen Autokraten oder ein paar Airbusse an China zu verkaufen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Frau Bundeskanzlerin, lieber Herr Kauder, ich stimme Ihnen ja zu, wenn Sie sagen, dass Menschenrechte und wirtschaftliche Entwicklung – ich glaube, das war Ihre Formulierung – die beiden Seiten einer Medaille sind. Wenn man weiß, dass wirtschaftlicher Erfolg nur da dauerhaft ist, wo rechtsstaatliche und demokratische Verhältnisse herrschen, dann muss man mit Ländern wie China oder Russland offen sprechen; das ist richtig. Man muss aber konsequent sein.

- (B) (Hartwig Fischer [Göttingen] [CDU/CSU]:
War das unter Rot-Grün auch schon so?)

Und es ist nicht konsequent – lieber Kollege Fischer, Sie werden dem, was ich jetzt sage, zustimmen –, gegenüber dem König Abdullah von Saudi-Arabien zu schweigen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN sowie des Abg. Steffen Reiche [Cottbus] [SPD])

An dieser Stelle möchte ich eine Bemerkung zu den unterschiedlichen Organen der Europäischen Union machen. Hier wird immer betont, dass Europa insbesondere in Sachen **Klima- und Umweltschutz** eine Vorreiterrolle eingenommen hat. Frau Merkel, wir beide wissen, dass das stimmt; das kann man nicht bestreiten. Wir beide wissen aber auch, dass Europa diese Rolle nur deswegen hat einnehmen können, weil die Europäische Kommission sehr stark war und selbstbewusst aufgetreten ist. Sie hat diesen Fortschritt in der europäischen Umweltgesetzgebung erst möglich gemacht, und zwar, indem sie sich vielfach gegen die kurzfristigen und national bornierten Interessen einzelner Staaten – ich beziehe hier Deutschland durchaus mit ein – durchgesetzt hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wichtig ist, dass wir ein Mehr an europäischer Außenpolitik bekommen werden. Wie notwendig das ist, sieht man am Beispiel des **Kosovo**. Natürlich war es kein freundlicher Akt, als Präsident Bush in Tirana erklärt hat: Egal was die Kosovaren machen, wir erkennen

sie an. Mit diesem Satz ist aber auch die Herausforderung beschrieben, der wir uns stellen müssen. Die Herausforderung lautet ganz einfach: Wir können nicht zulassen, dass Europa in Washington oder Moskau geordnet und sortiert wird. Europa muss seine Ordnung selbst organisieren. Das ist die Herausforderung, der wir uns im Kosovo stellen müssen. Wir müssen Europa an dieser Stelle zusammenhalten und in Europa zu einer koordinierten Vorgehensweise kommen. Das wird die Bewährungsprobe der neuen, gemeinsamen europäischen Außenpolitik sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich möchte eine letzte Bemerkung machen. Beinhaltet der Vertrag so etwas wie ein Aufrüstungsgebot? Ich finde, Sie sollten mit diesem Unsinn aufhören.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Das, was im Vertrag steht, ist völlig eindeutig. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die europäische Verteidigungspolitik sind an die Charta der Vereinten Nationen gebunden. Im Vertrag ist die Gleichberechtigung von zivilen und militärischen Fähigkeiten ausdrücklich festgehalten. Das ist der richtige, der neue europäische Ansatz der Außenpolitik. Es geht nicht um die Militarisierung der europäischen Außenpolitik. Auch aus diesem Grund sind wir dafür.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Michael Roth von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Michael Roth (Heringen) (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn morgen die Staats- und Regierungschefs und die Außenminister den Vertrag unterschreiben, ist das zweifellos ein guter Tag für Europa, aber auch ein guter Tag für unser Land.

Wir haben in den vergangenen Jahren sehr viel Zeit verloren. Wir haben uns zu lange mit uns selbst beschäftigt. Die Kanzlerin hat es eben schon gesagt: Die Welt wartet nicht auf Europa. Jetzt haben wir endlich die Chance, uns nicht mehr nur mit institutionellen Fragen zu beschäftigen. Wir können uns endlich darum kümmern, dass die Welt mit Europa, mit einem demokratisch verfassten Europa, mit einem sozial geprägten Europa besser wird. Ich befürchte jedoch, dass der Reformprozess noch nicht in Gänze abgeschlossen ist. Wenn sich diese Welt dramatisch verändert, wird sich auch die Europäische Union immer wieder verändern müssen.

Was wir jetzt brauchen, ist kein neuer institutioneller Anlauf. Vielmehr müssen wir den Menschen Zeit geben, sich mit dem Gesicht und den Inhalten des neuen

Michael Roth (Heringen)

- (A) Europas anzufreunden. Sie müssen sich in Europa sicher fühlen und Vertrauen zu diesem Europa fassen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben einen langen Weg zurückgelegt, der meines Erachtens 1999 begonnen hat; dieser Weg war mit starken Parlamenten verbunden. Wir haben 1999, auch damals unter deutscher Ratspräsidentschaft, die Initiative für einen Konvent gestartet, der eine Grundrechtecharta erarbeitet hat. Aufbauend auf den großen Erfolgen des ersten Konvents haben wir einen weiteren Konvent ins Leben gerufen, der das Verfassungsprojekt initiiert und vorläufig zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht hat, bis zwei Mitgliedstaaten in Referenden Nein gesagt haben. Ein starkes Europa kann aus unserer Sicht nur mit starken Parlamenten gelingen. Deshalb ist es wichtig, dass wir als Parlament den Vertrag von Lissabon aktiv begleiten und dazu beitragen, dass er erfolgreich in die politische Praxis umgesetzt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich sehe für uns zwei Rollen: Zum einen – diese Rolle ist im Deutschen Bundestag traditionell stark verankert – verstehen wir uns als Partner des Europäischen Parlaments. Dies vor allem in den Politikbereichen, die vergemeinschaftet sind und in denen es klare Zuständigkeiten der Europäischen Union gibt. Zum anderen werden wir uns innerstaatlich in noch stärkerem Maße an der Gestaltung der Europapolitik zu beteiligen haben.

- (B) So richtig es ist, dass der Vertrag von Lissabon im Bereich der **Subsidiaritätskontrolle** neue Rechte für die nationalen Parlamente vorsieht, verspreche ich mir davon allein nicht allzu viel, weil die Verfahren kompliziert sind. Die Achtwochenfrist ist kurz. Ich glaube nicht, dass man den politischen Erfolg Europas nur an der Subsidiarität messen können. Viele Fragen, über die wir hier gestritten und um deren Klärung wir gerungen haben, waren im Hinblick auf die Subsidiarität klar geregelt. Dennoch haben sie eine erhebliche politische Dimension und unmittelbare Konsequenzen für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, zum Beispiel in den Bereichen Soziales, Ökologie und Arbeitsmarkt.

Deswegen ist es genauso wichtig, dass wir die Bundesregierung, die nun einmal Deutschland im Rat vertritt, in allen Politikbereichen frühzeitig, umfassend und sehr kritisch begleiten. Das wird die entscheidende Aufgabe des Deutschen Bundestages sein. Hier verspreche ich mir von der Vereinbarung zwischen Bundestag und Bundesregierung eine ganze Menge. Wir müssen sie aber noch mehr mit Leben füllen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Wir fordern starke Parlamente ein, vor allem als Selbstverpflichtung. Und gerade deshalb können wir mit der Einsetzung eines Rates der Weisen bzw. einer **Reflexionsgruppe** nicht zufrieden sein. Denn die Diskussionen der vergangenen Jahre haben doch gezeigt, dass wir die Debatten über Europas Zukunft in die Parlamente hineinbringen müssen. Wir müssen hier darüber streiten, in

welche Richtung Europa gehen soll. Wir brauchen nicht mehr Arbeitskreise von Expertinnen und Experten, sondern wir müssen hier über den richtigen Weg streiten. Wir brauchen das Interesse der Abgeordneten und nicht allein das Interesse der Elder Statesmen bzw. Elder Stateswomen; das reicht nicht aus. Die Einrichtung einer Reflexionsgruppe – wenn wir denn meinen, ihr allein die Debatte über die Zukunft Europas übertragen zu können – schwächt die Parlamente.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Markus Löning [FDP]: Schwacher Applaus! – Gegenruf des Abg. Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Sie hätten ja mitklatschen können!)

Das Gesicht der Europäischen Union hat sich in den vergangenen Jahren dramatisch verändert. Wir spüren, dass viele neue Mitgliedstaaten mit dieser Europäischen Union noch fremdeln. Möglicherweise hat das etwas mit den Beitrittsverhandlungen zu tun, die maßgeblich die Kommission zu verantworten hat. Möglicherweise werden sie zu technisch geführt.

Die Diskussion darüber, worum es bei dem vereinten Europa eigentlich geht und warum es zukunftsweisend ist, die Politik in der Europäischen Union gemeinsam zu gestalten, ist in vielen neuen Mitgliedstaaten offensichtlich ausgeblieben. Wir sollten dafür sorgen, dass diese zentralen Fragen stärker in die Beitrittsverhandlungen integriert werden, damit diese Fremdheit so schnell wie irgend möglich überwunden werden kann. Denn ich glaube, wir brauchen in der Europäischen Union mehr Gemeinsinn, nicht nur das Pochen auf nationale Interessen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vor dem Hintergrund der bitteren Erfahrung der gescheiterten Referenden in den Niederlanden und in Frankreich wissen wir: Das **Ratifizierungsverfahren** ist kein Selbstläufer. Deshalb müssen wir deutlich machen: Bei dem Ratifizierungsprozess und bei dem Vertrag von Lissabon geht es in erster Linie um ein gemeinsames europäisches Projekt, nicht um nationale Interessen. Es ist gut, dass aus den Reihen der Assemblée Nationale und des Bundestages die Initiative hervorging, das Ratifizierungsverfahren in den EU-Mitgliedstaaten möglichst eng aufeinander abzustimmen. Damit wird deutlich, dass es nicht allein um französische, deutsche oder slowenische Interessen geht. Wir alle profitieren unmittelbar davon, wenn es in allen 27 Mitgliedstaaten ein sorgfältiges, aber dennoch rasches Ratifizierungsverfahren gibt.

Der Vertrag hat zweifellos Stärken und Schwächen. Über die Schwächen haben wir hier schon gesprochen. Die Symbole sind nicht mehr Teil des Vertrages. Ich begrüße ausdrücklich, dass sich die Bundesregierung der Initiative angeschlossen hat, ein klares Bekenntnis zu den europäischen Symbolen abzugeben.

Das Gezerre um die **Grundrechtecharta** – darauf ist gerade schon hingewiesen worden – war mehr als peinlich. Wie kann es sein, dass ein Mitgliedsland wie Großbritannien seinen eigenen Bürgerinnen und Bürgern die-

Michael Roth (Heringen)

- (A) sen Grundrechtsschutz verwehrt? Bei der Charta geht es in erster Linie nicht um die Bindung nationaler Institutionen, sondern darum, die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union in allen Mitgliedstaaten vor etwaiger Willkür der EU-Organe zu schützen. Es ist ein Armutszeugnis, wenn auf der einen Seite eine politische Kraft in einem Land den Reformvertrag kritisiert, weil er eine Grundrechtecharta enthalten soll, und auf der anderen Seite die Gewerkschaften desselben Landes kritisieren, dass die darin enthaltene Grundrechtecharta für die Bürgerinnen und Bürger des eigenen Landes nicht gelten soll.

Hier müssen wir nachbessern. Wir müssen Polen und Großbritannien einladen, sich eher früher als später aktiv an der Umsetzung der Grundrechtecharta zu beteiligen. Die Länder sollten darin eine Chance sehen, mit manchen Vorurteilen und Klischees gegenüber Europa aufzuräumen und das Band des Vertrauens zwischen Bürgerinnen und Bürgern einerseits und europäischen Institutionen andererseits stärker zu knüpfen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist teilweise kritisiert worden, dass sich die EU-Kommission in den vergangenen Jahren zu stark auf die Diskussion um Projekte konzentriert hat. In Brüssel hieß es immer so schön: Europa mit Projekten voranbringen. Wir haben gesagt: Projekte können nur dann gelingen, wenn auch der Reformvertrag gelingt. Jetzt besteht aus meiner Sicht schon die Notwendigkeit, deutlich zu machen, dass – wie es im Slogan unserer Ratspräsidentschaft so schön hieß – Europa gemeinsam gelingt.

- (B) Die Zukunft der Europäischen Union entscheidet sich nicht allein über den Reformvertrag. Es geht auch um folgende Fragen: Können wir die Beziehungen zu Afrika auf ein stabiles Fundament stellen? Schaffen wir es, unseren europäischen Nachbarn, die der Europäischen Union entweder nicht angehören wollen oder noch nicht angehören können, ein attraktives Kooperationsangebot zu unterbreiten? Erreichen wir eine stabile Lösung der Kosovo-Krise? Schaffen wir eine europäische Einwanderungs- und Asylpolitik ohne nationalen Scham vor dem Mund? Schaffen wir hier einen Ausgleich zwischen der Verantwortung der Mitgliedstaaten und der Verantwortung der Europäischen Union? Wenn ich mir die innenpolitische Diskussion vergegenwärtige, habe ich so meine Zweifel. Und: Verschaffen wir in unserem Land der Arbeitnehmerfreizügigkeit stärkere Geltung, nicht erst ab 2011, sondern möglicherweise schon ab 2009? All das sind Fragen, die uns hier in den nächsten Wochen und Monaten intensiv beschäftigen werden.

Ich danke der Kanzlerin, dass sie klare Worte zum europäischen Personal gefunden hat. So wichtig der Vertrag auch ist: Orientierung, Profil und Qualität werden auch von europäischen Persönlichkeiten gegeben. Wir erwarten, dass bei der Besetzung der Ämter des Ratsvorsitzenden, des Hohen Repräsentanten für Außen- und Sicherheitspolitik, des Kommissionspräsidenten und des Präsidenten des Europäischen Parlaments – hier dürfte es das geringste Problem sein – Persönlichkeiten gewählt werden, die sich dem europäischen Gemeinsinn

- verpflichtet fühlen und nicht nur einigen Mitgliedstaaten. (C)

Darum geht es bei der Besetzung des europäischen Spitzenpersonals. Diese Fragen stehen 2009 an. Auch diesbezüglich müssen wir ein klares Wort sprechen, wenn die Zeit dafür gekommen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Roth, kommen Sie bitte zum Schluss.

Michael Roth (Heringen) (SPD):

Ich danke der portugiesischen Präsidentschaft – auch namens meiner Fraktion – für die hervorragende Arbeit. Ein gutes europäisches Jahr liegt hinter uns. Ich bin mir sicher, die slowenischen Partner werden auf diesem guten Jahr aufbauen können und dazu beitragen, dass wir alle eine gute europäische Zukunft haben.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Markus Löning von der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Markus Löning (FDP):

- Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Lassen Sie mich zunächst für das Protokoll festhalten, dass die Bundesregierung vor dem Eintritt in die Verhandlungen über diesen Reformvertrag nicht das Einvernehmen mit diesem Haus gesucht hat, wie es das Grundgesetz und die gemeinsame Vereinbarung zwischen Bundesregierung und Bundestag vorgesehen und vorgeschrieben hätten. (D)

Ich habe es öfter gesagt und wiederhole es jetzt angesichts der Tatsache, dass Sie, Herr Kauder, hier gerade wieder Demokratie und die Stärkung der Parlamente eingefordert haben: Die Chance dazu hätten Sie gehabt. Wir hätten der Bundesregierung von vornherein ein entsprechendes Mandat mitgeben können. Es entspricht dem politischen Willen der beiden großen Fraktionen in diesem Haus, dass dies nicht geschehen ist. Was nützen uns die Reden über Demokratie und eine stärkere Beteiligung der Parlamente? – Nichts! Wir brauchen den politischen Willen, das tatsächlich einzufordern. Dazu fordere ich Sie hier nachdrücklich auf!

(Beifall bei der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dasselbe gilt für den **Rat der Weisen**. Der Rat der Weisen ist für jeden Parlamentarier Europas ein Schlag ins Gesicht. Wir sind die gewählten Vertreter der Völker Europas. Wir – die Abgeordneten im Bundestag, die Kollegen im Europäischen Parlament sowie die Kollegen in den Landtagen und den anderen nationalen und regionalen Parlamenten – sind diejenigen, denen es zusteht, eine öffentliche Debatte über die Zukunft Europas

Markus Löning

- (A) zu führen. Wir brauchen keinen Geheimzirkel, der irgendwo hinter verschlossenen Türen redet. Wir brauchen eine öffentliche und nachvollziehbare Debatte.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Monika Knoche [DIE LINKE])

Ich hätte mir von der Bundesregierung klarere Worte an die französischen Partner gewünscht. Wenn sie sich dann wenigstens in der Türkeifrage nachvollziehbar bewegt hätten! Aber das haben sie auch nicht getan. Ich frage mich, welchen Mehrwert diese Absprache, die es da gegeben hat, für Europa dargestellt haben soll.

Lassen Sie mich ein paar Worte zu **Wettbewerb und Globalisierung** sagen. Frau Bundeskanzlerin, als ich Sie vorhin reden hörte, dachte ich, Sie wollen sich um den Vorsitz der Sozialdemokratischen Partei bewerben.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir hatten schon gefürchtet, um den unserer Partei!)

Das Thema Wettbewerb wird darauf reduziert, wie wir Europa vor unfairm Wettbewerb schützen können. Sicherlich ist das ein richtiges und wichtiges Thema. Aber es ist doch nur ein kleiner Aspekt des Bereichs „Wettbewerbsfähigkeit und Wettbewerb“.

- (B) Ich kann mich daran erinnern, dass die CDU früher einmal eine Partei gewesen ist, die sich für Marktwirtschaft, Wettbewerb und Wettbewerbsfähigkeit eingesetzt hat. Das würde ich mir wünschen, und das brauchen wir auch in der Europäischen Union. Es ist die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaften und unseres Binnenmarkts, die die wahre soziale Dimension Europas darstellt. Sie schafft Arbeitsplätze hier vor Ort, sie bewirkt die soziale Absicherung unserer Bürgerinnen und Bürger, und sie zeigt unseren Bürgerinnen und Bürgern eine Perspektive für Europa auf. Wir brauchen mehr marktwirtschaftlichen Mut und mehr Binnenmarkt in der Europäischen Union und nicht nur diese Abwehrschlachten, so richtig diese im Hinblick auf Länder wie China sein mögen. Diesbezüglich wünsche ich mir eine deutlich veränderte Politik.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kauder, insbesondere von Ihnen wurden die Themen **Kompetenzen und Subsidiarität** angesprochen. Wir sind der Meinung, dass der Vertrag diesbezüglich einige neue Rechte bietet. Aber ich hätte mir Beispiele gewünscht. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie die Bereiche nennen, die wir wieder in nationale Verantwortung zurückholen wollen. Auf europäischer Ebene wird vieles geregelt, das vor vielen Jahren richtigerweise dort angesiedelt wurde, zum Beispiel die Landwirtschaftspolitik. Aber ist es heute noch richtig, dass die Landwirtschaftspolitik ausschließlich auf europäischer Ebene geregelt wird? Wäre es nicht vernünftiger, auf die Dauer wieder zu einer nationalen Kofinanzierung und zu den Regeln des Binnenmarktes zu kommen? Da fehlt mir insbesondere aufseiten der CDU der politische Mut, das anzusprechen.

(C) Zum Schluss möchte ich Ihnen, Herr Steinmeier, gerne noch sagen: Sie haben während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft große Anstrengungen unternommen; das erkennen wir an. Aber danach war die Luft raus.

(Dr. Angelica Schwall-Düren [SPD]: Wie kommen Sie denn darauf?)

Das Verhältnis zu Frankreich wurde angesprochen. Mindestens genauso wichtig – das möchte ich hier anmahnen – ist für uns das **Verhältnis zu Polen**. Ich hätte mir gewünscht, dass auch von Ihnen die Initiative gekommen wäre, sich mit den Balten, den Finnen, den Schweden, den Russen und den Polen zusammzusetzen und noch einmal über die Ostseepipeline zu sprechen. Seit gestern gibt es einen ersten Ansatz mit Polen; das begrüße ich sehr. Ich finde, dieser Ansatz muss auf die übrigen Nachbarn ausgeweitet werden; denn wir haben in der Frage der Ostseepipeline ein großes Problem mit unseren Nachbarn, das die gutnachbarschaftlichen Beziehungen stört. Dieses Problem müssen wir unbedingt lösen. Ich hoffe, dass die Chance genutzt wird, jetzt, da in Polen eine neue Regierung im Amt ist, die Beziehungen auf eine neue Basis zu stellen. Es ist bitter notwendig, dass wir hier deutliche Fortschritte machen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Thomas Silberhorn von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Thomas Silberhorn (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der Unterzeichnung des Vertrages von Lisabon am Wochenende werden wir sagen können, dass 2007 ein erfolgreiches Jahr für die Europäische Union gewesen ist. Mit der Reform der Institutionen und der Instrumente werden wir uns nach Jahren EU-interner Debatten endlich wieder den Aufgaben zuwenden können, die die Europäische Union als globaler Akteur wahrzunehmen hat. Die deutsche Ratspräsidentschaft hat entscheidende Vorarbeiten dazu geleistet, dass die portugiesische Ratspräsidentschaft in wenigen Wochen das Mandat der Regierungskonferenz in einen konkreten Vertragstext umsetzen konnte. Dafür darf ich der Bundesregierung und namentlich der Kanzlerin Dank zollen.

Ich möchte allerdings, zumal ich ein überzeugter Europäer bin, zwei Punkte kritisch anmerken, weil dieses Verfahren meines Erachtens an zwei Punkten verbesserungsbedürftig ist. Der erste Punkt: Das Mandat der Regierungskonferenz war sehr eng, sodass es keinen **Verhandlungsspielraum** gab. Das ist verständlich vor dem Hintergrund, dass mit dem Entwurf des Verfassungsvertrages schon alles auf dem Tisch lag. Ich meine aber, dass bei künftigen Vertragsänderungen die nationalen Parlamente bereits in die Vorbereitung der Verhandlungspositionen, aber auch in die Verhandlungen der Regierungskonferenz intensiver einbezogen werden müs-

Thomas Silberhorn

- (A) sen. Ich freue mich, dass in dem Reformvertrag dazu eine Lösung angedacht ist mit dem Konvent, der künftig bei Vertragsänderungen eingerichtet werden soll und dem auch Vertreter der nationalen Parlamente angehören sollen. Damit ist sichergestellt: Die Weiterentwicklung der Europäischen Union ist nicht etwa eine technische Aufgabe für Beamte; sie bedarf vielmehr der intensiven parlamentarischen Begleitung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Der zweite Punkt, den ich kritisch anmerken möchte, ist das Feilschen um **nationale Sonderregelungen**, mit dem wir Gefahr laufen, die Glaubwürdigkeit des Reformprozesses zu untergraben. Ich habe Verständnis für Ausnahmeregelungen, die sachlich begründet sind, beispielsweise wenn sie dazu beitragen, dass am Ende der Vertrag als Ganzes in einem Land zustimmungsfähig wird. Ich habe aber wenig Verständnis für nationale Egoismen, die zulasten der europäischen Integration gehen. Das betrifft beispielsweise das Verschieben der doppelten Mehrheit bei Ratsentscheidungen auf 2014,

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: Sehr richtig!)

aber auch den zusätzlichen Sitz im Europäischen Parlament für Italien. Romano Prodi hat als Kommissionspräsident noch im September 2003 zu solchem Vorgehen gesagt: Die Mitgliedstaaten neigen dazu, durch Kuhhandel Kompromisse zu sichern, die auf Kosten der Glaubwürdigkeit und Stabilität des Systems gehen können.

(Dr. Christian Ruck [CDU/CSU]: Unerhört!)

- (B) Wo er recht hat, hat er recht.

Ich meine, es ist jetzt an der Zeit, dass alle ihre gemeinsame Verantwortung für das Ganze wahrnehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben dazu Gelegenheit in dem Ratifikationsprozess, der bis zur Europawahl 2009 abgeschlossen sein soll. Eine Reihe von Mitgliedstaaten hat schon gut darauf hingearbeitet. Ich darf erwähnen, dass der französische Präsident Sarkozy den Mut hatte, schon in seinem Wahlkampf anzukündigen, dass Frankreich auf ein Referendum verzichten will. Andernfalls wären wir in diesem Ratifikationsprozess heute möglicherweise nicht so weit, wie wir es sind.

Mit dem Zustimmungsgesetz werden wir als Bundestag ein Begleitgesetz verabschieden, mit dem wir die neuen Verfahren bei der Subsidiaritätsrüge und der Subsidiaritätsklage gemäß des Vertrages konkretisieren und eine Reihe weiterer **Beteiligungsrechte des Bundestages** verankern wollen. Ich begrüße, dass nun auch die Bundesländer mit einem einstimmigen Beschluss der Europaministerkonferenz der deutschen Länder angekündigt haben, mit der Bundesregierung Verhandlungen über eine Novellierung der Bund-Länder-Vereinbarung aufnehmen zu wollen; denn dieses Anliegen hat ganz offenkundig die Zusammenarbeitsvereinbarung zum Vorbild, die wir im Bundestag mit der Bundesregierung geschlossen haben. Ich glaube, dass alles, was die parlamentarische Begleitung und Mitverantwortung stärkt,

insgesamt begrüßenswert ist, weil dadurch auch die Akzeptanz der europäischen Politik gefördert wird. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, wir müssen diesen Reformvertrag nun mit Leben füllen. Deswegen muss die Präzisierung der **Kompetenzordnung**, müssen die Klärstellungen beim Subsidiaritätsprinzip zu Konsequenzen führen. Wenn in diesem Vertrag klargestellt wird, dass durch die Ziele der EU keine Kompetenzen begründet werden, dann genügt es eben nicht, wenn sich die Mitgliedstaaten und die Kommission einig sind, eine Sache auf europäischer Ebene voranzutreiben, sondern dann muss auch die Vorfrage beantwortet werden, ob die europäische Ebene überhaupt tätig werden darf, weil dadurch nicht nur der Handlungsspielraum der Mitgliedstaaten als Ganzes, sondern – präzise gesagt – auch der Handlungsspielraum der nationalen Parlamente entscheidend berührt wird. Oder: Wenn in dem Vertrag klargestellt wird, dass die EU nicht ausdrücklich übertragene Zuständigkeiten auch nicht wahrnimmt, sondern sie bei den Mitgliedstaaten verbleiben, dass die EU nur innerhalb der Grenzen der Zuständigkeiten tätig werden darf, die ihr übertragen werden, dann bedeutet das ganz konkret, dass dynamische Kompetenzerweiterungen, wie wir sie in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes über viele Jahre hinweg erlebt haben, künftig nicht mehr möglich sein werden. Auch der Europäische Gerichtshof muss den Handlungsspielraum der nationalen Parlamente künftig stärker achten, als das bisher der Fall gewesen ist.

(Beifall des Abg. Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]) (D)

Ich bin der Auffassung, dass die Achtung der Kompetenzordnung und des Subsidiaritätsprinzips in der Haushaltspolitik auch ganz praktisch ihren Niederschlag findet. Die Europäische Union – darauf müssen wir im Zusammenspiel mit unseren Kollegen im Europäischen Parlament achten – darf Personal und Finanzmittel nur dafür einsetzen, wofür ihr tatsächlich Aufgaben übertragen worden sind.

Die Europäische Union muss sich nun auf das Wesentliche konzentrieren. Sie darf kein Spielplatz für nationale Egoismen oder EU-interne Egoismen sein, sondern sie muss in einer globalisierten Welt wettbewerbsfähig werden. Sie muss eine Europäische Union der gemeinsamen Werte sein, wenn sie als globaler Akteur auftritt. Insoweit hoffe ich, dass die **Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik** tatsächlich gemeinsam wird. Wir haben beim EU-Afrika-Gipfel erlebt, dass dies möglich ist. Die klaren Worte der Kanzlerin sind im Kreis der Europäischen Union auf Unterstützung gestoßen. Ich hoffe und wünsche mir, dass uns das auch hinsichtlich des Kosovo gelingt. Wenn wir es schaffen, dass wir in der Außenpolitik geschlossen und entschlossen auftreten, dann, so denke ich, gehen wir in der Europäischen Union in eine gute Zukunft.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(A) Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Dr. Diether Dehm von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Diether Dehm (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Vertrag mag in manchen Einzelheiten Verbesserungen gegenüber der Rechtslage nach Nizza bringen; das bestreiten wir nicht, aber das sagt auch wenig. Durch den Vertrag wird aber die Tendenz zu weltweiten Militärinterventionen für Energie und Rohstoffe fremder Völker verstärkt.

Lieber Herr Kollege Trittin, als ich gehört habe, wie Sie die Rüstungsagentur schöneredet haben, fand ich das als jemand, der Sie schon länger kennt, etwas irritierend.

(Gerd Andres [SPD]: Ist das eigentlich Mao-Look?)

In der EU-Verfassung wird formuliert:

Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.

Lieber Herr Kollege Trittin, wenn Sie darin den Willen zur Abrüstung und zum Frieden sehen, dann kann ich nur sagen: Mancher ist als maoistischer Tiger gestartet und bei der Kanzlerin als Bettvorleger gelandet.

(B) (Beifall bei der LINKEN – Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Da vorne ist einer! – Michael Roth [Heringen] [SPD]: Du siehst auch noch so aus!)

Ein Teil der Mitgliedstaaten hat schon heute Truppen im Irak. Die Bundeswehr steht mit deutschen Soldaten in Afghanistan. Im Kosovo wird nach der von Ihnen unterstützten, völkerrechtswidrigen und einseitigen Unabhängigkeitserklärung ein verstärktes militärisches Engagement die Folge sein. Ein größerer militärischer Einsatz der EU in Afrika zeichnet sich ab. – Als wir uns in der Schule für Europa begeistert haben – unser Direktor und unsere Schülervertretung, der der Kollege Axel Schäfer und ich gemeinsam angehört haben, waren sehr europa-begeistert –, gab es wirklich den Traum von einem Europa des Friedens. Jetzt ist Europa hochgerüstet mit Truppen in anderen Ländern. Ich sage Ihnen voraus: Morgen wird ein schwarzer Tag für Frieden und Abrüstung in Europa.

(Beifall bei der LINKEN)

Mit der Binnenmarkt-konzeption, dem Prinzip der wechselseitigen Anerkennung und dem Herkunftslandprinzip zum Beispiel bei der arbeitnehmer- und mittelstandsfeindlichen Dienstleistungsrichtlinie ist die Arbeitslosigkeit in der EU gestiegen. Die Löhne und Gehälter haben erst relativ, in Deutschland dann aber auch absolut abgenommen, und Armut breitet sich aus. Betroffen sind vor allem Kinder.

Der Vertrag bindet die Europäische Union zwar an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und die Organe bei

der Ausübung übertragener hoheitlicher Gewalt an diese Prinzipien. Die Sozialstaatlichkeit fehlt aber vollständig. Das ist ein Verstoß gegen Art. 20 und Art. 79 des Grundgesetzes. Darauf wird gegebenenfalls verfassungsrechtlich zurückzukommen sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Wegen der sozialstaatswidrigen Ausübung des **Wettbewerbsrechts** durch die EU – des unverfälschten Wettbewerbs, der jetzt nur noch eine Fußnote, aber dennoch Bestandteil des Vertrages ist – geht von ihr ein unheilvoller Zwang zur Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge aus. Die Leistungen werden schlechter, die Entgelte höher. Ohne die Linke wäre kein Ende des Privatisierungswahns abzusehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein besonders skurriles Beispiel ist der Versuch von EU-Kommission und Europäischem Gerichtshof

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir wissen, wer die Wohnungen alle verkauft hat!)

– hören Sie zu! –, den niedersächsischen Landkreisen Harburg, Rotenburg/Wümme, Soltau-Fallingb. und Stade

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dresden!)

die Zusammenarbeit im Bereich der Müllverbrennung zu verbieten und sie zur Ausschreibung und damit zur Vergabe an Privatunternehmen zu zwingen. Was will die EU-Bürokratie denn noch alles an Daseinsvorsorge kaputtregeln? In wessen Interesse und auf wessen Kosten soll das geschehen?

(Beifall bei der LINKEN)

Das **Volkswagenwerk** in Wolfsburg wurde vom Hitler-Regime aus geraubten Geldern der Gewerkschaften aufgebaut.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was? Ich denke, die geklauten Gelder sind bei der SED!)

Deshalb sollten die Anteile bestimmten Beschränkungen von Kapitalwillkür unterliegen, als 1960 die Privatisierung erfolgte. Jahrzehntlang wurde das nicht beanstandet. Jetzt aber erklärte der EuGH Vorschriften des VW-Gesetzes für unvereinbar mit dem EG-Vertrag. Diese Anmaßung wurde weder von der Bundesregierung noch von der niedersächsischen Landesregierung zurückgewiesen. Auch von den Grünen und der SPD war dazu nichts zu hören.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Vertrag von Lissabon sind die Rechte des Europäischen Parlaments zwar in Teilbereichen ausgeweitet worden, die entscheidenden **Demokratiedefizite** wurden aber nicht behoben. Auch zukünftig kann die EU-Kommission vom Parlament nicht wirklich gewählt und abgewählt werden. Das Europäische Parlament soll weiter kein Recht zur Gesetzesinitiative haben, sondern voll-

Dr. Diether Dehm

- (A) ständig vom Tätigwerden der Kommission abhängen. Dem neuen europäischen Außenminister wird als Teil sowohl der Kommission als auch des Rats ein doppelter Hut aufgesetzt, und damit unterliegt er keiner parlamentarischen Kontrolle. Der neue Präsident des Europäischen Rats wird inmitten der wuchernden Ratsbürokratie ebenfalls weithin unkontrolliert vom Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten agieren. Wie sollen sich Bürgerinnen und Bürger mit einem derart intransparenten, überbürokratisierten und undemokratischen Europa identifizieren?

Die Bürgerinnen und Bürger bzw. die Völker der Mitgliedstaaten der EU sind Wesen, die den Regierenden eher lästig sind. Da haben sich die Völker in Frankreich und den Niederlanden doch tatsächlich erlaubt, gegen den Verfassungsvertrag zu stimmen, und sofort wird ihnen eine Volksabstimmung vorenthalten, obwohl die Inhalte – wie Sie selbst sagen – identisch sind. Morgen wird eine der größten Niederlagen der europäischen Integration seit der Gründung der EWG stattfinden; denn Sie organisieren die EU wie eine Verschwörung hinter dem Rücken der Völker.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von der SPD: So ein Quatsch! – Weitere Zurufe von der SPD und der CDU/CSU)

Welches Land und welche Politikerinnen und Politiker werden nicht von der Bundeskanzlerin wegen mangelnder Demokratie gerügt! Als Beispiel nenne ich den Staatspräsidenten von Venezuela, Hugo Chávez.

- (B) (Lachen bei der CDU/CSU und der SPD)

Er hat aber eine **Volksabstimmung** durchgeführt und erklärt, dass er sich an das Ergebnis der Volksabstimmung, das mit 49 zu 51 Prozent knapp gegen ihn ausgefallen ist, halten wird. Wer braucht hier von wem Nachhilfe in Sachen Demokratie? Er hat eine Volksabstimmung gemacht, Sie verweigern sie.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Was soll die Aufregung? – Es wäre für Sie ganz einfach, Ihrem eigenen Demokratieanspruch gerecht zu werden. Wir haben einen Antrag auf Ergänzung des Grundgesetzes eingebracht, mit dem Volksabstimmungen über Änderungen der EU-Verträge ermöglicht werden. Stimmen Sie dem doch einfach zu!

(Beifall bei der LINKEN)

Umso glaubwürdiger wären Sie, wenn Sie von anderen Demokratie einfordern. Dann werden wir sehen, wie das deutsche Volk, wie die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land von dem Vertrag denken, wie sie abstimmen.

Wir halten an der Integration Europas fest, die nicht gegen unser Grundgesetz, sondern nur sozial, friedlich und demokratisch gelingen kann – und nur mit den Bürgern und nicht hinter ihrem Rücken.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (C)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Rainer Steenblock vom Bündnis 90/Die Grünen.

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Mitglied dieses Hohen Hauses, das keine Probleme hat, sich zu seiner linken Geschichte zu bekennen und sich noch immer als links empfindet, ist es etwas schwierig, hier einige Ausführungen lebend zu überstehen.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte nur einen Satz zur Ehrenrettung der europäischen Linken sagen: Die Kommunistische Partei Italiens hat in der letzten Woche im italienischen Parlament beschlossen, den Reformvertrag der Europäischen Union zu ratifizieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das macht deutlich, dass es in Europa Linke gibt, die ein Interesse daran haben, die Lebensverhältnisse der Menschen, die soziale Situation der Menschen nach einer Analyse der Wirklichkeit zu verbessern. Mit denen arbeiten wir gerne und sicherlich auch produktiv zusammen. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der LINKEN: Weshalb habt ihr denn Angst vor einer Volksabstimmung?)

Die Bundeskanzlerin und der Außenminister sind ja bereits für ihren Einsatz, den sie in dem Prozess, den Reformvertrag zu einem Erfolg zu führen, geleistet haben, gelobt worden. Lassen Sie mich aber an dieser Stelle noch einmal sehr deutlich machen: Der Reformvertrag ist nicht von der deutschen Bundesregierung erfunden worden. Er ist – daran sollte man heute erinnern, auch im Selbstbewusstsein als Parlamentarier –

(Dr. Angelica Schwall-Düren [SPD]: Das haben wir auch gemacht!)

vom **Europäischen Konvent** ausgearbeitet worden, in dem die Parlamente der Mitgliedstaaten der EU die Mehrheit hatten. Es ist der Vertrag unserer Parlamente.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben über die Erklärung zur Zusammenarbeit, die ein großer Erfolg war, geredet und wissen, dass – darüber werden wir morgen entscheiden – noch eine Reihe von Fragen zu klären sind. Wir als Parlamentarier müssen uns das Recht nehmen, europäische Politik auch von diesem Hohen Hause aus zu gestalten. Dies muss manch-

Rainer Steenblock

- (A) mal so erfolgen, dass man der Bundesregierung durch dieses Parlament konkret vorgibt, was sie auf europäischer Ebene verhandeln soll. Das hat etwas mit Transparenz zu tun und damit, Menschen bei diesem Integrations- und Friedensprojekt mitzunehmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, über die deutsch-französische Freundschaft wurde bereits gesprochen. Sie war ein Anker der europäischen Integration. Mich treiben die gleichen Sorgen um, auf die Herr Hoyer zu Beginn der Debatte hingewiesen hat. Wenn ich mir das **deutsch-französische Verhältnis** heute genau anschau, dann fallen mir folgende Stichworte ein: Der vorgeschlagene Rat der Weisen bedeutet nichts anderes als eine Entdemokratisierung der Entscheidungsverfahren. Die vorgeschlagene Mittelmeerunion ist nichts anderes als ein Versuch, die Europäische Union zu spalten oder zumindest in Lobbygruppen aufzuteilen. Die EZB ist ein weiterer Problembereich, um das deutlich zu sagen. Der französische Staatspräsident, der sich all dies ausgedacht hat, hat zudem am Tag der Menschenrechte mit Herrn Gaddafi Verträge über den Export von Atomkraftwerken unterzeichnet. Angesichts dessen hätte ich mir von Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, eine deutlichere Auseinandersetzung mit dem französischen Präsidenten gewünscht. Wir können es nicht zulassen, dass aufgrund dieser – vielleicht neu motivierten – französischen Politik, sich europäischen Themen zuzuwenden, dann aber Spielzeuge entwickelt werden, die in der Realität die Europäische Union und andere gefährden; so habe ich Ihre mütterlichen Warnungen an Herrn Sarkozy verstanden. Aber manchmal muss man solchen Leuten das Spielzeug wegnehmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP)

Wenn Deutschland seine Verantwortung wahrnehmen will, dann bedeutet das, dass wir zu Entscheidungsprozessen kommen müssen, die zu klaren Mehrheiten führen. Die Menschen müssen das nachvollziehen können. Die bisherigen Vorschläge zur Kompromissbildung auf europäischer Ebene sind dazu aber nicht geeignet. Eine Mittelmeerunion soll im Prinzip, aber nicht so ganz, vielleicht nur ein bisschen, angestrebt werden. Der Rat der Weisen soll nun Reflexionsgruppe heißen. Das ist ein toller Ausdruck. Die Menschen wissen sicherlich sofort, was damit gemeint ist. Diese Gruppe hat tatsächlich beschränkte Rechte und darf sich nur mit bestimmten Themen befassen. Hier wären klare Entscheidungsprozesse notwendig. Lieber Sarkozy, so geht es nicht! Deutschland und Frankreich dürfen nicht nur im PR-Bereich, sondern müssen auch bei der Wahrnehmung der Verantwortung auf europäischer Ebene zusammenarbeiten. Lassen Sie uns daran weiterarbeiten!

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

(C)

Das Wort hat jetzt der Kollege Gert Weisskirchen von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Gert Weisskirchen (Wiesloch) (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Bundeskanzlerin, ich stimme Ihnen ausdrücklich zu. Sie haben in Ihrer Regierungserklärung gesagt, es gehe nun darum, mehr Handlungsfähigkeit für die Europäische Union durch den Vertragsabschluss herzustellen. Lieber Kollege Kauder, auch Ihnen stimme ich ausdrücklich zu. Es geht genau um das, was Sie angesprochen haben. Die europäischen Nationalstaaten alleine werden es nicht schaffen, die Herausforderungen der **Globalisierung** zu meistern. Vielmehr wird die Europäische Union uns allen eine weitaus bessere Chance geben, die Herausforderungen, vor die uns die Globalisierung stellt, zu bestehen.

Die nun durch den Reformvertrag erreichte Qualität war historisch gesehen zwingend erforderlich. Ich bin dankbar dafür, dass die Bundesregierung trotz aller Wirren, Probleme und Konflikte, die zu bestehen waren, alles getan und darauf hingewirkt hat. Es ist ein großer Erfolg, dass dieses Vertragswerk nun in Lissabon auf Regierungsebene endlich akzeptiert und durchgesetzt wird.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Lassen Sie mich als Sozialdemokrat auf den Kernsatz des 1925 von uns verabschiedeten Heidelberger Programms hinweisen: Wir wollen die **Vereinigten Staaten von Europa**.

(D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

1925! Was hätten unsere Großväter und Väter Europa und insbesondere Deutschland alles ersparen können, wenn das deutsche Volk, Herr Stresemann und andere mitgeholfen hätten, näher an das Ziel heranzukommen, das wir nun Schritt für Schritt erreichen! Was hätte das für die europäische Entwicklung bedeutet!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen sind wir Sozialdemokraten stolz darauf, dass wir diesem Ziel jetzt einen wesentlichen Schritt näher gekommen sind.

Von dem, was Sie, Frau Bundeskanzlerin, angesprochen haben, möchte ich gerne zwei Punkte herausgreifen.

Erstens: **Afrika**. Ich glaube, dass wir viel zu viel Zeit verloren haben, die Interessen Afrikas wirklich wahrzunehmen. Wir haben zu wenig Kraft eingesetzt, um füreinander ein verlässlicher Partner zu sein. Mit dem Gipfel in Lissabon ist es mittlerweile aber gelungen, dafür zu sorgen, dass die Partnerschaft zumindest auf dem Papier gleichberechtigt ist, lieber Kollege Fischer. Nun wird es darauf ankommen, dass das, was auf Papier geschrieben steht, umgesetzt wird. Der Prozess, den wir in den nächsten Tagen und Wochen bis zum 1. Januar 2008

Gert Weisskirchen (Wiesloch)

- (A) erleben, muss wirklich konstruktiv und kreativ genutzt werden.

Liebe Frau Bundeskanzlerin, ich bitte herzlich darum, diese Chance zu nutzen, die anstehenden Wirtschaftsabkommen – die Beratungen darüber sind noch nicht abgeschlossen – wirklich voranzubringen, sodass sich die Partner auf dem afrikanischen Kontinent respektiert fühlen können. „Gleichberechtigte Partnerschaft“ heißt auch, dass wir die Interessen derer, die in Afrika leben, bei unseren Verhandlungen und Abkommen berücksichtigen. Es darf keine Asymmetrie geben. Es darf nicht sein, dass die afrikanischen Produzenten solchen Wirtschaftsbeziehungen und Verhältnissen ausgeliefert werden oder sie Handelsschranken unterworfen werden mit der Folge, dass sie es am Ende nicht schaffen, ihre Produkte auf unseren Märkten anzubieten. Wenn wir „gleichberechtigte Partnerschaft“ sagen, dann müssen wir das, was dafür Voraussetzung ist, auch durchsetzen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Frau Bundeskanzlerin, ja, es war gut, dass in Lissabon über Menschenrechte gesprochen wurde. Gut war auch, darüber zu reden, wo sie verletzt werden und wer sie verletzt. Ich würde herzlich darum bitten, sich zumindest daran zu erinnern, was Gustav Heinemann uns einmal gesagt hat:

Wer auf andere mit dem ausgestreckten Zeigefinger zeigt, der deutet mit drei Fingern seiner Hand auf sich selbst.

(B)

Menschenrechte heißt ebenfalls – ich glaube, auch dieses Thema ist behandelt worden –: Menschen, die Europa als Fluchtburg sehen, die von mafiaähnlichen Banden auf Kähne gelockt werden – manche kentern vor den Kanarischen Inseln oder vor Malta, und die Flüchtlinge ertrinken –, müssen von uns ernst genommen werden. Diese Menschen kämpfen um ihr Menschenrecht. Wir können es am besten realisieren, indem wir mithelfen, dass die Produktionsbedingungen in den Regionen Afrikas, aus denen sie kommen, verbessert werden, indem wir mithelfen, dass diese Menschen an der Produktion und am Wettbewerb zwischen Europa und Afrika gleichberechtigt teilnehmen. Auch das ist ein Stück Realisierung von Menschenrechten derjenigen, die in Afrika leben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens: **Kosovo**. Der Deutsche Bundestag hat in diesem Jahr wiederum – ich glaube, es war im Mai – darüber debattiert und entschieden, eine Friedensregelung für das Kosovo militärisch abzusichern. Das Mandat der internationalen Sicherheitspräsenz beruht auf der Grundlage der UN-Resolution 1244. Eines ist klar – das haben wir auch in der Begründung unseres Beschlusses in diesem Jahr festgehalten; ich zitiere –:

Die Bundesregierung hofft daher, dass der VN-Sicherheitsrat seiner Verantwortung gerecht wird

und möglichst bald eine neue Resolution verabschiedet, die das Statuspaket (C)

– Ahtisaari –

billigt, die bisherige Resolution 1244 (1999) des VN-Sicherheitsrates ablöst und die Grundlage für die neue internationale Präsenz schafft.

So weit der Beschluss.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen: Um zu einer neuen rechtlichen Grundlage zu kommen, bedarf es der Anstrengungen von uns allen und ganz besonders der Kreativität der Außenminister der Europäischen Union. Ich sage ganz ausdrücklich: Lieber Frank-Walter Steinmeier, wir danken dafür, dass Sie immer wieder versucht haben, auch in diesem Jahr, neue Verhandlungstische aufzubauen, neue Prozesse in Gang zu setzen, damit uns das Kosovo nicht explodiert. Vielen Dank dafür!

Nun kommt es allerdings darauf an, in Belgrad und Priština deutlich zu machen: Ihr müsst einhalten, was ihr uns jetzt versprochen habt! Es geht nicht, dass unilateral etwas entschieden und ausgerufen wird, und es geht auch nicht, dass mit dem Gedanken gespielt wird: Wann finden die Präsidentschaftswahlen statt? Die Zeit der Spiele ist beendet. Jetzt muss fair miteinander darum gerungen werden, dass es eine europäische Lösung gibt. Wir dürfen uns von niemandem, weder von Washington noch von Moskau, sagen lassen, was wir als Europäer zu tun haben. Die Europäische Union ist jetzt gefordert, und sie muss jetzt klug und vernünftig handeln, liebe Kolleginnen und Kollegen. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Letzter Redner in dieser Debatte ist nun der Kollege Michael Stübgen für die Fraktion der CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Michael Stübgen (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Ende dieser Debatte kann man feststellen, was wir im Deutschen Bundestag seit vielen Jahren tun: Die regierungsfähigen Fraktionen signalisieren auch bei unterschiedlichen Auffassungen in Einzelheiten die Zustimmung zu dem Vertrag, der nun Vertrag von Lissabon heißen wird.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wieso stimmt ihr dann zu?)

Das war schon bei Maastricht so. Das war bei Amsterdam und Nizza ebenso der Fall. Eine Fraktion allerdings arbeitet nach dem Motto: Man muss Lügen und Unterstellungen nur oft genug wiederholen, dann gibt es immer Leute, die das glauben.

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Ihre Fraktion!)

Michael Stübgen

- (A) Ich will noch einmal auf Folgendes hinweisen: Es ist völlig absurd, der Europäischen Union zu unterstellen, sie sei eine Art Kriegs- und Aufrüstungsunion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Das Gegenteil ist der Fall. Das beweist die Geschichte der Europäischen Union. Die Europäische Union ist das erfolgreichste **Friedensprojekt** der Weltgeschichte überhaupt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie des Abg. Markus Löning [FDP])

Die Mitgliedstaaten schaffen es nicht nur, dass in ihrem Innern Frieden herrscht, seit die Union besteht – weit über tausend Jahre war das in Europa nicht der Fall –; nein, sie sorgen auch außerhalb der Europäischen Union für Frieden und Friedenserhaltung, zum Beispiel in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo. Die Europäische Union ist eine Friedensunion und keine Kriegsunion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dehm?

Michael Stübgen (CDU/CSU):
Nein.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Markus Löning [FDP])

Genauso absurd ist es, der Europäischen Union zu unterstellen, sie sei eine Art Freihandelszone, die dem Manchesterkapitalismus fröne. Auch hier ist das genaue Gegenteil der Fall. Nicht nur in den Verträgen ist es eindeutig anders geregelt – soziale Standards werden gesichert und ausgebaut –; auch die Geschichte der Europäischen Union belegt das, und zwar für jedes einzelne Mitgliedsland. Es gibt kein einziges Land unter den 27 Mitgliedsländern, in dem es mit dem Beitritt zur Europäischen Union nicht zu einem **wirtschaftlichen Aufschwung** gekommen wäre; darüber hinaus ist es überall auch zu besserer sozialer Absicherung, besserem Gesundheitswesen, Rechtsstaatlichkeit usw. gekommen. Die Geschichte belegt also das genaue Gegenteil.

Ich sage Ihnen voraus: Sie werden mit Ihren Lügen und Unterstellungen nicht durchkommen. Am Schluss glaubt Ihnen niemand mehr.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wenn morgen um 11.30 Uhr in Lissabon der Reformvertrag – er wird hinfert Vertrag von Lissabon heißen – unterschrieben wird, kommen wir mit hoher Wahrscheinlichkeit – so sehe ich das – in die letzte Phase des Verfassungsprozesses der Europäischen Union, nämlich in die Ratifizierungsphase.

In der Tat, die portugiesische Ratspräsidentschaft hat im letzten halben Jahr sehr viel und sehr gut gearbeitet. Das müssen wir loben. Ich glaube, es ist auch richtig,

dass der Vertrag Vertrag von Lissabon heißt. Ich möchte aber noch einmal auf Folgendes hinweisen: Ohne die deutsche Ratspräsidentschaft und das Engagement der Bundesregierung sowie der Kanzlerin Angela Merkel wären wir nie so weit gekommen. (C)

Ich möchte Rainer Steenblock zustimmen: Er hat in der Tat recht, wenn er sagt, dass die Idee zu dem Verfassungsentwurf, der ja im Kern dem Vertragsentwurf entspricht, aus den nationalen Parlamenten kam. Im Verfassungskonvent Anfang dieses Jahrhunderts – das ist schon einige Jahre her – hat uns unter anderem Peter Altmaier erfolgreich vertreten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir werden mit diesem Reformvertrag viele Neuerungen bekommen. Wir werden in der Lage sein, besser und effizienter mit den anderen 26 Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten. Ich möchte jetzt nur noch auf wenige Punkte eingehen.

Viele von Ihnen haben in den letzten Monaten und Jahren die Arbeit der Europäischen Kommission genauer beobachtet. Ich bin keiner von denen, die permanent laut die Europäische Kommission als bürokratisches Monster beschimpfen und deren Arbeit kritisieren. Man muss insgesamt feststellen: Die Europäische Kommission erledigt ihre Aufgaben gut, auch wenn manchmal Fehler passieren.

(Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig!)

Das Problem ist aber, dass wir der Europäischen Kommission eine **Struktur** gegeben haben, die sie gerade dazu zwingt, in Rechtssetzungsfragen zu viel zu tun. Die Übereinkunft, dass jedes Mitgliedsland einen Kommissar stellen soll, führt dazu, dass die Europäische Kommission 27 Kommissare hat. Da sie eine Art Quasi-Regierung ist, bedeutet das, dass sie quasi 27 Minister hat. Jetzt versuchen Sie einmal, 27 Ministern einen Ressortbereich zuzuteilen. Ergebnis ist, dass wir Kommissare haben, die für solche beeindruckenden Dinge wie für die Sprachenvielfalt zuständig sind. Hier greift ein menschliches Bemühen, das man in jeder Regierung findet: Jeder Kommissar möchte mindestens einmal in seiner fünfjährigen Amtszeit auffallen. Wie fällt man auf? Indem man eine möglichst spektakuläre Rechtsetzung ankündigt. (D)

(Zuruf von der FDP: Das wären dann ja 27 Richtlinien!)

Die jetzige Struktur der Kommission bringt es unweigerlich mit sich, dass zu viele Rechtsetzungsvorhaben in Angriff genommen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb ist es richtig, dass die Zahl der Kommissare – leider erst ab 2014, aber immerhin – auf zwei Drittel der derzeitigen Anzahl reduziert wird. Das wird die Kommission arbeitsfähiger machen. Zugleich wird damit im Laufe der Zeit die überbordende Zahl der Rechtsetzungsvorhaben zurückgeschraubt werden.

Michael Stübgen

- (A) Lassen Sie mich zum Schluss noch auf ein weiteres Problem eingehen. Auch diesbezüglich wird mit dem Vertrag von Lissabon ein Prozess in Gang gesetzt. Es handelt sich um den Subsidiaritätsprozess. Das halte ich für sehr wichtig. Sie wissen, im Maastricht-Vertrag wurde vor über 15 Jahren das **Subsidiaritätsprinzip** festgeschrieben. Passiert ist allerdings nicht viel. Zwar wurde es im Vertrag von Amsterdam noch einmal bestätigt, indem es in einem Zusatzprotokoll sehr gut definiert worden ist; aber erstaunlich ist doch, dass es in den letzten 15 Jahren vom Europäischen Gerichtshof keine einzige Rechtsprechung gibt, in der das Subsidiaritätsprinzip oder die Frage der Verhältnismäßigkeit eine Rolle spielten. Es gab in den letzten 15 Jahren zwar gelegentlich Klagen – Deutschland hat auch einige geführt –, aber der Europäische Gerichtshof hat sich in seinen Entscheidungen ausschließlich auf die Frage der Zuständigkeit bezogen, niemals Fragen der Subsidiarität oder der Verhältnismäßigkeit rechtlich bewertet.

Ich glaube, zur endgültigen Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips ist mehr nötig. Im Moment läuft es folgendermaßen: Derjenige, der eine Rechtsetzung will, behauptet, sie sei gut, und gibt einige Erklärungen, warum sie unter subsidiären Gesichtspunkten sinnvoll sei. Das geht bis zu solch abenteuerlichen Erklärungen wie bei der Bodenschutzrichtlinie. Hier wird behauptet, sie sei nötig, weil Böden auch durch Wind und Flüsse von einem Mitgliedstaat in den anderen gelangen. Diejenigen, die gegen eine solche Richtlinie sind, behaupten schlicht, hier werde gegen das Subsidiaritätsprinzip verstoßen. Die Behauptungen bleiben dann im Raum stehen, egal ob es zu einer Rechtsetzung kommt oder nicht. Ich halte es für richtig – der Grundstein dafür wird mit dem Verfassungsvertrag gelegt –, dass wir dafür sorgen, dass auch in diesen Fällen vermehrt Rechtsprechung stattfindet. Das geschieht zum einen dadurch, dass 50 Prozent der nationalen Parlamente innerhalb von acht Wochen eine Subsidiaritätsrüge erteilen können, zum anderen dadurch, dass nationale Parlamente eine Subsidiaritätsklage erheben können.

Das wird zwar ein längerer Prozess sein, aber ich glaube, dass es wichtig für die Europäische Union ist, dass es zu klaren und auch für den Bürger nachvollziehbaren Rechtsprechungen in Fragen der Subsidiarität kommen wird. Ich bin überzeugt, dass wir im Laufe der nächsten Jahre in dieser Frage Fortschritte erzielen werden und dass Subsidiarität in der Europäischen Union dann nicht mehr nur auf dem Papier stehen wird und an die Stelle von bloßen Behauptungen, Subsidiarität werde gewahrt oder werde nicht gewahrt, grundsätzliche Rechtsprechung tritt.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Das Wort zu einer Kurzintervention erteile ich nun dem Kollegen Dr. Dehm.

Dr. Diether Dehm (DIE LINKE):

(C)

Kollege Stübgen, es ist für Sie ungewöhnlich – denn normalerweise ist das nicht Ihre Art –, dass Sie hier von Lügen sprechen. Der Kollege Trittin hat zuvor von „Geschwätz“ geredet und damit sicherlich eine Vorlage geliefert.

Ich möchte Sie einmal Folgendes fragen.

(Hartwig Fischer [Göttingen] [CDU/CSU]: Es gibt keine Fragen in der Kurzintervention!)

– Ich stelle diese Frage in den Raum. Es ist dem Kollegen Stübgen überlassen, darauf zu antworten. – Bei George Orwell heißt das Kriegsministerium „Friedensministerium“. Klingt es für Sie nach Abrüstung und Frieden, wenn sich die Mitgliedstaaten verpflichten, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verstärken bzw. zu verbessern?

Wenn Sie die Sozialstaatlichkeit, die im Grundgesetz mit der Ewigkeitsklausel für uns alle bindend festgelegt ist und die wir daher nicht abtreten dürfen, aus dem Lissabonner Vertrag heraushalten, aber die Rechtsstaatlichkeit hineinschreiben, dann ist die Frage, warum wir von Ihnen nicht für regierungsfähig gehalten werden, möglicherweise zu beantworten.

Führen Sie eine Volksabstimmung durch! Lassen Sie die Menschen mitentscheiden! Machen Sie es auf dem Boden des Grundgesetzes – mit Demokratie, mit Rechtsstaatlichkeit und mit Sozialstaatlichkeit! Wir wollen nur auf dem Boden des Grundgesetzes regieren und nicht mit dem eigenen Volk Versteck spielen.

(D)

(Beifall bei der LINKEN – Markus Lönig [FDP]: Sie sollten sich schämen, so etwas zu sagen! Ihr Vorsitzender hat mit dem Milosevič herungemacht!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege, wollen Sie antworten? – Bitte sehr, Herr Kollege Stübgen.

Michael Stübgen (CDU/CSU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich will auf diese Wahlkampfreden nicht weiter eingehen und nur Folgendes sagen: Wir haben in Deutschland die Erfahrung gemacht, dass sich das System der repräsentativen Demokratie bewährt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Behauptung, Volksabstimmungen seien demokratisch und alles andere sei undemokratisch, ist schlichtweg Unsinn.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Dass die Regierungsfaktionen für den Vertrag sind, ist seit mindestens zwei Bundestagswahlen bekannt. Die Bürger haben die Möglichkeit gehabt, Ihre Partei mit absoluter Mehrheit zu wählen, um diesen Vertrag zu verhindern. Das haben sie aber nicht getan, und dies werden sie nicht tun. Das ist auch richtig so.

Michael Stübgen

(A) Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Ich schließe die Aussprache.

Damit kommen wir zu den Abstimmungen.

Tagesordnungspunkt 1 a. Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf Drucksache 16/7466. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist der Entschließungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Gegenstimmen der Fraktion Die Linke und bei Enthaltung der Fraktionen der FDP und des Bündnisses 90/Die Grünen angenommen.

Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/7484. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist damit mit den Stimmen aller Fraktionen mit Ausnahme der Fraktion Die Linke abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 1 b. Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlage auf Drucksache 16/7178 an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

(B)

(C)

(D)